

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteht Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal inkl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
ämter, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Rottbuschdamm 23 I.

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf.,
Stellenangebote 40 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 40 Pf.; Veranlagungs-
anzeigen 20 Pf.; Arbeits-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 41

Berlin, den 8. Oktober 1910.

26. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Das Bureau des Verbandsvorstandes befindet sich jetzt

Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Alle Sendungen für den Verbandsvorstand und die „Buchbinder-Zeitung“ sind von jetzt ab dorthin zu richten und machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß zu adressieren sind: Alle Sendungen für den Verbandsvorstand an Emil Kloth, für die Verbandskasse an Eugen Gaueisen und für die Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ an Carl Michaelis.

2. Nach Inkrafttreten des neuen Verbandsstatuts ist die eventuelle Rückzahlung der für Zwecke der Invaliden-Unterstützung geleisteten Beiträge aufgehoben. Diesbezügliche Anträge können deshalb jetzt nicht mehr entgegengenommen werden.

3. Die Einführung eines Lokalbeitrages für männliche Mitglieder von 10 Pf. pro Woche (bisher 5 Pf. pro Woche) und für weibliche Mitglieder von 10 Pf. pro Monat ist von der Zahlstelle Altenburg beschloßen und vom Verbandsvorstand genehmigt worden.

4. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Statistische Amt ersuchen wir, sofern solches noch nicht geschehen sein sollte, sogleich an uns abzusenden. Karten, die nicht spätestens am Dienstag, den 11. Oktober, bei uns eintreffen, können für die diesmalige Zusammenstellung nicht mehr verwandt werden. Gau- und Ortsverwaltungen, die Berichtskarten nicht oder verspätet einsandten, werden an dieser Stelle bekanntgegeben.

5. Das Mitglied Gustav Annath aus Leipzig, Buchnr. 21 003, wird ersucht, uns sein Mitgliedsbuch umgehend zur Kontrolle einzusenden. Wir bitten, Annath gegebenenfalls auf diese Bekanntmachung hinzuweisen und auf die Befolgung derselben zu achten.

Der Verbandsvorstand.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

E. Bh. Wir sind uns längst klar, daß man die Arbeitslosigkeit nicht mit Statistiken, Arbeitsnachweisen und Versicherungskassen bekämpfen kann — die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise! Jene Mittel haben aber die wichtige Funktion, die Arbeitslosigkeit in ihrem Umfang sowohl wie in ihrer Wirkung zu mildern. Seit Jahrzehnten schon — der Deutsche Buchbinder-Verband hat bereits im Jahre 1879 die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschloßen — kämpfen die deutschen Gewerkschaften gegen die demoralisierenden und degenerierenden Folgen der Arbeitslosigkeit an. Sie haben Millionen und Abermillionen alljährlich ausgeworfen, und dennoch genügt diese Summen nicht, das Elend erträglich zu gestalten. Für Heise-, Umzugs-, Arbeitslosen-

Strafenunterstützung, für Notfälle und gemahregelte Mitglieder mußten die freien Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1907 12 635 015 Mk., ein Jahr später 20 031 990 Mk., im Jahre 1909 sogar 20 519 200 Mk. ausgeben. In diesem letzten Jahre flieg allein die Arbeitslosenunterstützung der Zentralverbände auf 8 593 928 Mk.

In allen Staaten hatten bisher die Arbeiterorganisationen die Hauptaufwendungen für die Opfer der Arbeitslosigkeit gemacht; die Gemeinden hatten fast nichts und die Staatsregierungen, mit ganz wenigen Ausnahmen, überhaupt noch nichts getan. Selbst nach der letzten fürchterlichen Wirtschaftskrisis der Jahre 1908/09 ist, abgesehen von dem großzügigen englischen Gesetz über die Arbeitsbüros und der daran geknüpften, aber noch nicht zustande gekommenen obligatorischen Arbeitslosenversicherung für gewisse Industrien, von den Regierungen nichts getan worden. In Deutschland, wo die Krisis etwa 500 000 Arbeiter mehr aus Brot und Verdienst riß wie in anderen Jahren und Millionen Menschen dadurch in eine qualvolle Notlage gestürzt wurden, da vermochten wohl die flammenden Anklagen der Arbeiter das öffentliche Gewissen aufzureißen, die öffentlichen Verwaltungs- und die Regierungsorgane zur Diskussion der Arbeitslosenfürsorge zu zwingen, aber das praktische Ergebnis kam über einige Wohltätigkeitsmaßnahmen und Notstandsarbeiten kaum hinaus. Die Gemeinden, die Bundesstaaten und das Reich erkannten wohl die Notwendigkeit umfassender und permanenter Hilfeleistung an die Opfer der typisch-kapitalistischen Seuche an, aber keine dieser Gruppen wollte die Verpflichtung dazu übernehmen. Die Gemeinden verwiesen die Hilspflicht mit guten Gründen an die Einzelstaaten und im Verein mit diesen an das Reich. Dieses aber erklärte, daß diese Aufgabe von den Trägern der kommunalen Armenfürsorge zu erfüllen sei. So hatte man das Ganze vor den Augen der wartenden Arbeitslosen einmal herumgedreht, aber dabei nicht um Haarebreite vom Plage gerückt.

Die Diskussion hatte alle Interessenkreise derart aufgerüttelt, daß bis heute das Problem der Arbeitslosenfürsorge noch nicht aus ihren Erörterungen ausgehoben ist. Allen diesen Beratungen fehlte aber das wichtigste, um fruchtbar sein zu können: eine sichere einheitliche Grundlage — alle Bemühungen, die über eine Fürsorge nach dem Muster des Genter Systems (öffentliche Unterstützung der bestehenden gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen) hinausgingen, mußten an dem Mangel einer zuverlässigen allgemeinen Statistik zerplatzen! Die sicherlich und anerkanntermaßen vorzügliche Statistik der deutschen Gewerkschaften umfaßt nur die organisierten Arbeiter, und die großen allgemeinen Arbeitslosenzählungen, die in Deutschland in Verbindung mit Berufs- und Volkszählungen bisher vorgenommen wurden, können, ebenso wie die Sonderzählungen in einer Reihe von Städten während der letzten Krise, nur als Skizzen der Umfänge der Arbeitslosigkeit gewertet werden. Nur eine fortlaufende, regelmäßige statistische Ueberwachung des ganzen Arbeitsmarktes kann ein von Zufällen und Sonderzuständen unabhängiges Bild von der Zahl der wirklich Arbeitslosen ergeben. Diese objektive allgemeine Statistik hat aber zur Vorbedingung die Erfassung des Arbeitsmarktes in Form der obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweise, wodurch zugleich alle

Sonder- und Interessennachweise aufgehoben werden müßten.

Nach der vom 19. bis 21. September in der Pariser Universität stattgefundenen internationalen Kongress über die Arbeitslosigkeit hatte schon in der Aufstellung seines Programms die Wichtigkeit der Statistik und des Arbeitsnachweises für die Behandlung der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Die drei Hauptfragen waren Statistik, Arbeitsvermittlung, Versicherungsweisen. Diese Fragen waren durch einen Beschluß der ersten internationalen Versammlung zum Studium des Problems der Arbeitslosigkeit in Mailand im Jahre 1906 zum Gegenstand besonderer internationaler Berichte gemacht worden, die dem letzten stattgefundenen Kongress dann auch zur Grundlage seiner Verhandlungen gedient hatten. Neben der Diskussion dieser Hauptfragen hatte der Kongress den Zweck, eine ständige internationale Verbindung zu schaffen, die einmal die Diskussionsergebnisse des Kongresses zu kristallisieren und dann die Lösung der großen Aufgabe in allen Ländern durch Auskünfte und Vorschläge in einheitlicher Weise zu fördern hätte.

In diesem Kongresse beteiligten sich Sozialpolitiker, Soziologen, Gewerkschaften, Ministerien usw. aus insgesamt 21 Ländern — also wohl aus allen Kulturstaaten. Die reaktionäre, aus politischen Gründen die Arbeitslosenunterstützung ablehnende deutsche Regierung fehlte natürlich! Von den deutschen Gewerkschaften waren u. a. vertreten die Generalkommission der Gewerkschaften, der deutsche Holzarbeiterverband und der Steinsekerverband.

Die Arbeitslosenstatistik weist eine so große Verschiedenartigkeit selbst innerhalb der einzelnen Länder auf, daß es völlig ausgeschlossen ist, ein einigermaßen bestimmtes Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu gewinnen. Auf dieser Grundlage einen Versuch zu internationalen Vergleichen zu unternehmen, wäre Zeitverschwendung. Die vorhandenen Zahlen gehen über den Wert individueller Schätzungen kaum hinaus. Wir in Deutschland nehmen eine ständige Arbeitslosenziffer von etwa 300 000 an. Léon Bourgeois, der französische Berichterstatter, ist der Meinung, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich nicht besonders heftig auftritt, und dennoch schätzt er für das um mehr als ein Drittel kleinere französische Volk die tägliche Arbeitslosenziffer auf ebenfalls 300 000. Entweder sind die den Schätzungen zugrunde liegenden Zahlen ungenau oder die Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit deckt sich in beiden Ländern nicht. Aberriens wurde auch von den einzelnen Berichterstattern zu dieser Frage lebhaft beklagt, daß die einmaligen Sondererhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht die Zahl der Arbeitslosen feststellten, sondern nur die Zahl derer, die sich als arbeitslos bezeichnet hatten. Die Heimarbeiter sind deshalb sehr schwer von der Arbeitslosenstatistik zu erfassen, weil bei ihnen der Begriff Arbeitslosigkeit viel zu verschwommen ist.

Die beste Art der fortlaufenden Feststellung der Arbeitslosigkeit ist die Einführung des Meldezwanges für alle arbeitslos werdenden und wieder in Arbeit tretenden Arbeiter. Die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter auch alle zur Meldestelle kommen, ist aber die Arbeitslosenunterstützung; die Arbeiter müssen, wie bei den Gewerkschaften, materiell interessiert werden. Damit die Ergebnisse dieser

Zählmethode, so wurde auf der Konferenz betont, international und mit den übrigen Jahresergebnissen vergleichbar werden, ist eine für alle Länder einheitliche Begriffsbestimmung für die Arbeitslosigkeit nötig. Nächste dieser Methode sei die periodische Zählung von Haus zu Haus nach Industrien oder wenigstens Berufen zu erwägen; diese müssen ziemlich zu gleicher Zeit erfolgen. Aufgabe der Statistik sei es auch, so wurde namentlich von Creulich-Schweiz betont, die Dauer der täglichen Arbeitszeit mit zu notieren. Prof. Westergaard-Dänemark schlug für die fortlaufende Arbeitslosenzählung vor: periodische Befragung der Unternehmer über die Arbeiterzahl an bestimmten Tagen, über die Zahl der jährlichen Arbeitstage und der täglichen Arbeitsstunden und über die vorgekommenen Betriebseinschränkungen. Ferner Befragung der Gewerkschaften um diesbezügliches Material. Und endlich auch, Vergleiche anzustellen zwischen den Schwankungen der Arbeitslosigkeit und der Warenpreise. Diese Vergleiche müssen durch Hinzuziehung der Arbeitslöhne noch ergänzt werden.

Ueber die Frage der Arbeitsvermittlung waren zwar die Ansichten und Vorschläge kaum zahlreicher, wie bei der Beratung der Statistik, aber die Diskussion war darum doch viel ausgedehnter. Ueber das Prinzip des Arbeitsnachweises herrschte Uebereinstimmung: der Arbeitsnachweis darf keinen anderen Zweck als der Arbeitsvermittlung und den damit unmittelbar zusammenhängenden Dingen dienen (Statistik, Arbeitslosenversicherung). Als dem Verkäufer der Arbeitskraft muß der Arbeiter beim Verkaufe seiner Arbeitskraft ein Recht haben, über die Bedingungen, denen er sich unterwerfen soll, mitzubestimmen. Die französischen Gewerkschaften forderten, den reinen Gewerkschaftsstandpunkt in den Vordergrund schiebend, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise, während fast alle übrigen Kongreßteilnehmer die gemeinsame Verwaltung des Arbeitsnachweises durch Unternehmer und Arbeiter vertraten. Die Organisationsprinzipien müssen sein: Neutralität, Unentgeltlichkeit, paritätische Verwaltung. Die bürgerlichen Teilnehmer erklärten sich ausnahmslos von vornherein für den öffentlichen paritätischen Nachweis. Die deutschen zentralistischen Gewerkschaften ließen dagegen durch den Mund des Genossen Robert Schmidt niederlegen, daß sie vor allem die Regelung des Arbeitsnachweises auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen erstreben, weil dadurch der Arbeitern ein angemessener Einfluß gesichert sei. Auf gesetzgeberischem Wege streben die Gewerkschaften den allgemeinen obligatorischen und paritätisch verwalteten Arbeitsnachweis an, unter Beiseitigung der privaten und Unternehmer-Vermittlungsstellen.

Brüssel und seine Weltausstellung.*)

Flaubereien von W. Th.

V.

Musik kann so lästig werden, daß man die Instrumente und ihre Spieler zu allen Teufeln wünscht; aber trotzdem mag niemand gern auf die musikalischen Genüsse verzichten. Auch Völker, die noch nicht hochgekommen sind im Erklättern des Kulturbaumes, haben sich Musikinstrumente konstruiert und malträtierten sie, so gut sie vermögen. Es ist selbstverständlich, daß auf Weltausstellungen die Musikinstrumente nicht fehlen. In Betracht kommen dabei namentlich Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, England, Spanien und Oesterreich. Italien hat außer klangvollen Drehorgeln keine Streichinstrumente ausgestellt, Spanien namentlich Gitarren, Mandolinen und andere Zupfinstrumente, die anderen Länder Pianos, Masineninstrumente und allerlei mechanische Spielwerke. Am vollständigsten ist auch auf diesem Gebiete Deutschland vertreten, das jährlich für 60 bis 70 Millionen Mark Musikinstrumente ins Ausland führt. 1909 wurden über 50 000 Klaviere, für mehr als 30 Millionen Mark ins Ausland verkauft, fast 200 000 Geigen für über 2½ Millionen Mark, für 3½ Millionen Mark Ziehharmonikas, für 3 Millionen Mark Mundharmonikas, für 2 Millionen Mark Orchestrions und andere mechanische Spielwerke, für 4 Millionen Klaviermechaniken und Klaviaturen, für 6½ Millionen Mark Phonographen und Grammophone, für ebensoviel Platten und Walzen. Man sieht, es handelt sich dabei um eine ganz gewaltige Industrie. Die im vorigen Jahre ausgeführten Musikinstrumente wogen zirka 450 000 Zentner, darunter die Klaviere allein 350 000 Zentner,

* Siehe auch die Nummern 33, 34, 35 und 40 der „Buchbinder-Zeitung.“

Bei Streiks hat der Nachweis seine Tätigkeit einzustellen oder wenigstens die Arbeitssuchenden davon zu unterrichten.

Ueber das Versicherungswesen war im vorhinein, namentlich durch den eindrucksvollen Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Ueberzeugung gewonnen worden, daß die Arbeiterorganisationen nicht in der Lage sind, die Kosten der Arbeitslosenversicherung allein zu tragen, daß vielmehr die öffentlichen Gewalten als Vertreter der Gesellschaft und die Unternehmer für die an ihrem Unglücke unschuldigen Arbeitslosen einzutreten haben. Glücklicherweise tauchte auf dem Kongresse keine der in Deutschland so zahlreich Stimmten auf, die eine Förderung der „Sparfähigkeit“ der Arbeiter als das Allheilmittel gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit propagieren. Ueber die Frage: wer ist arbeitslos im Sinne der Versicherung, hat man sich nicht unterhalten. Jedenfalls aber werden wir Gewerkschafter die vom Genossen Adolf Braun in Kopenhagen geäußerte Forderung vertreten, daß den öffentlichen Arbeitslosenkassen lediglich die Sorge für die durch die Folgen der kapitalistischen Produktionsform arbeitslos gewordenen Arbeiter zu tragen haben, daß aber alle durch die gewerkschaftliche Aktion erzeugte Arbeitslosigkeit von den Gewerkschaften selbst unterstützt wird.

In der Hauptsache wurden in Paris zwei Systeme der Arbeitslosenkassen befürwortet: die öffentliche obligatorische Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und das Genter System. Die reinen Anhänger der ersteren, ohne Zweifel vollkommensten Versicherungsform, waren sich aber spätestens durch die Erörterungen über die Statistik klar geworden, daß auf den vorhandenen mangelhaften statistischen Unterlagen und ohne umfassende Organisation der Arbeitsvermittlung dieses Werk nicht aufgebaut werden kann. Eine derartige Versicherung erfordert aber auch die interessvolle Mitwirkung einer zu höherer Sinnensart erzogenen Mitgliedschaft. Mehr wie bei jeder anderen Versicherungsform, so führte Umbreit für die deutschen Gewerkschaften aus, ist bei dieser nötig, daß die Versicherten das Gesamtwohl über das der eigenen Persönlichkeit stellen, die Solidarität der beteiligten Arbeiterkörpe ist die sicherste Basis eines solchen Unternehmens. Die trüben Erfahrungen der Kölner freiwilligen Arbeitslosenversicherungskasse bestätigen den tiefen Kern dieser Anschauung.

In den deutschen freien Gewerkschaften sind diese Voraussetzungen jetzt schon erfüllt. Für die Gewerkschaften besteht aber auch eine schon seit Jahren sorgfältig gepflegte Versicherungsgrundlage

die Phonographen, Grammophone nebst den Platten und Walzen 33 000 Zentner. Belgien leistet im Pianobau mit das Beste. In Kraft und Reichheit des Tones wetteifern die belgischen Instrumente mit den vorzüglichsten deutschen Erzeugnissen. Eine verblüffende Neuheit hat die Firma Hupfeld-Leipzig ausgestellt, eine selbstspielende Geige, die sie Violina nennt, ein Problem, an dem seit vielen Menschenaltern gearbeitet worden ist, hat dadurch seine Lösung gefunden. Noch ist der Mechanismus nicht ganz vollkommen; aber das Prinzip ist gefunden und der weitere Ausbau wird nur eine Frage der Zeit sein.

It schon die Fabrikation von Musikinstrumenten in der Hauptsache auf einige Länder beschränkt, so trifft das noch mehr zu auf die Erzeugung von Spielwaren. Da konkurrieren mit Deutschland ernstlich nur noch Frankreich und England, erst in zweiter Linie kommen noch Oesterreich und Belgien hinzu. In Deutschland sind die Hauptbezirke für Spielwarenfabrikation das sächsische Erzgebirge, Sonneberg in Thüringen, Nürnberg-Fürth und einige Orte in Württemberg. Nürnberg erzeugt namentlich Metallspielwaren, Zinnfiguren, Zelluloid-, Filz- und Klisterspielsachen, der Sonneberger Bezirk Puppen, Puppenköpfe, Glasspielwaren und Christbaumschmuck, Zelltiere und allerlei Figuren in Papiermasse, das Erzgebirge Spielwaren aller Art, Tierfiguren, Gewehre, Spiele usw. und in Württemberg sind Göppingen und Giengen Hauptorte für weidgestopfte Tierfiguren, Karikaturluppen, Kinderspielsachen. Die bedeutend die deutsche Spielwarenfabrikation ist, ergibt sich aus der Ausfuhrziffer, die 1909 nicht weniger als 76 Millionen Mark betragen hat. Für 28 Millionen Mark deutscher Spielwaren gingen voriges Jahr allein nach Nordamerika. Aber es gibt tatsächlich kaum ein Land auf der Erde, das nicht deutsche Spielwaren bezieht. Fast 50 deutsche Aussteller sind in Brüssel vertreten. Davon hat die

in der von allen Seiten für musterhaft erklärten Arbeitslosenstatistik. Solange also die Unterlagen für die große allgemeine Versicherung nicht vorhanden sind, muß das Genter System, die Beihilfe zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützungskassen, als die einzige Möglichkeit eines wirksamen Schutzes gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gelten. Die deutschen Gewerkschaften werden von dieser Forderung nicht abweichen.

Für die Kosten der Versicherung, das wurde auf dem Kongresse auch vom Prof. Zahy in Frankreich ausgesprochen, haben neben den Gemeinden und dem Staate besonders die Unternehmer, als die eigentlichen Verursacher der Arbeitslosigkeit, aufzufommen. Diese Forderung muß noch durch das Hinzufügen ergänzt werden, daß die Unternehmer nach dem Grade ihrer Veranlassung der Arbeitslosigkeit (durch überlange Arbeitszeit, Ueberstunden, Akkordarbeit usw.) zu den Kosten progressiv gesteigerte Beiträge leisten müssen.

Man mag der Pariser Konferenz nachsagen, daß die Ergebnisse der Diskussionen nicht zu praktischen Forderungen verdichtet wurden (das wird Aufgabe der eingesetzten ständigen Kommissionen sein); siewiel muß aber zugestanden werden: Durch diese Tagung ist das allgemeine Verständnis für das Problem der Arbeitslosigkeit zweifellos geschärft und eine Menge neuen Materials für die Einzelfragen zusammengetragen worden. Der Kongreß hat mit Ernst für die Milderung der Schäden der Arbeitslosigkeit gewirkt. Darin besteht sein Verdienst.

Aus der Chronik der Klassenkämpfe.

Arbeiterkämpfe und Polizeigewalt.

Die kapitalistische Gesellschaft hat die Institution des Staates ihren arbeiterfeindlichen Bestrebungen dienstbar zu machen verstanden und den Staat zum Klassenstaat gestempelt. Des Staates Institutionen nehmen die Klasseninteressen des Bürgertums einseitig wahr und organisieren besondere Unterdrückungsmethoden gegen das um seine wirtschaftliche und politische Befreiung kämpfende Proletariat.

Zu einer herbezogenen Waffe gegen das kämpfende Proletariat hat sich die Polizei, gestützt auf die Militärmacht, herausgebildet. Eine ganze Armee uniformierter und nicht uniformierter Beamten der Polizei ist heute eigens dazu berufen, dem vorwärtsstrebenden Proletariat die schwierigsten und schärfsten Hindernisse in den Weg zu legen. Entgleiste und verbrachte Existenzen dienen ihr dazu, Spießdienste zu leisten und bei geeigneten Anlässen die Massen zu provozieren, zu strafbaren Handlungen zu verleiten. Das alles kann um so wirksamer geschehen, je mehr die Polizei die Unterstützung der Gerichte, der Militärbehörden und des staatlichen Verwaltungskörpers findet. Und die gesamten Institutionen des Klassenstaates leisten in der Tat der brutalsten An-

Firma Doll u. Co. in Nürnberg reizvolle Mobeldampfmotoren für Kinder ausgestellt. Freilich wird dies weggeköpft durch den Gedanken, wie traurig gerade in der Spielwarenbranche die Arbeitsverhältnisse sind, vor allem dort, wo die Heimindustrie noch eine Rolle spielt.

In Bureauartikeln hat Sönnedens in Bonn die vollständigste Kollektion in geschmackvollen Arrangements ausgestellt. In Bureaumöbeln, Buchungseinrichtungen und anderen Kontorbedürfnissen leistet die Firma immer wieder neues. Sie beschäftigt jetzt zirka 850 Personen und arbeitet mit 430 Spezialmaschinen.

Leder- und Galanteriewaren haben Oesterreich, Frankreich, England, Belgien und Deutschland ausgestellt. Hervorragendes hat die Firma Binder u. Kofshopp in Pforzheim in nachgeahnten Juwelen und modernen Schmuckfaden geleistet, die Kreuznacher Wolllederfabrik in Gegenständen aus feinem Ziegen- und Schafleder, die Firma A. Hartz-Frankfurt a. M. in geschmackvollen Damentaschen, Zigarettenetuis, Geld- und Brief-taschen.

Kaum ein Menschenalter ist es her, seit in Deutschland auch die Niedermittelindustrie größere Bedeutung gewonnen hat. Wichtige chemische Entdeckungen, die von deutschen Fachmännern gemacht wurden, gaben Anlaß, die Großindustrie in ähnlichen Dingen zu entwickeln. Die Erzeugung von Parfümieren aller Art, wohlriechenden Seifen und allerlei kosmetischen Mitteln ist dem auch in Deutschland erstauulich schnell gestiegen. Wurden 1893 erst 2000 Personen in dieser Industrie beschäftigt, so sind es jetzt weit über 5000, und der Jahreswert der ins Ausland geführten Parfümieren, wohlriechenden Seifen und kosmetischen Mitteln zur Zahn-, Haar- und Hautpflege ist auf mehr als 12 Millionen Mark gestiegen. —

wendung der Polizeigewalt Vorhub. Die Polizei wird so der Hebel, an der der Kampf des Klassenstaates und der Arbeiterbewegung einsetzt. Der Klassenstaat bekommt das Ansehen eines auf Militärmacht gestützten Polizeistaates.

In den letzten Tagen des September hat die brutalste Polizeigewalt in der Reichshauptstadt wahre Orgien gefeiert. Am Abend des 27. September hatte sich eine Menschenmenge in einigen Straßen der nördlichen Industriegegend Berlin-Moabit angeammelt, und es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die jubelnde Menge wurde mit blanker Waffe auseinandergetrieben. Zahlreiche, zum Teil schwere Verletzungen und viele Verhaftungen sind zu verzeichnen. Den Ausgangspunkt der Vorgänge in Moabit bildet ein Streik der Kohlenarbeiter der Firma Kupfer u. Cie., die zum Stinneskonzern gehört. Von Anfang an beobachtete die Polizei ein einseitiges Verhalten gegen die Arbeiter bezw. Streikposten zugunsten der bestreikten Firma und ihrer wertvollen Arbeitswilligen, die von der bekannten Arbeitswilligen-Vermittlungsfirma Auguste Müller-Wandsbeck herbeigeführt wurden. Es ist sicher, daß bei ruhigem und objektivem Verhalten der Polizei und ohne das protokatorische Auftreten der mit Revolvern ausgerüsteten und von Schutzleuten eskortierten Arbeitswilligen die blutigen Zusammenstöße unterblieben wären. Dann konnte allerdings auch, nicht davon gesprochen werden, daß die streikenden organisierten Arbeiter die Zusammenstöße provoziert und vorbereitet hätten. Ja, das wird tatsächlich behauptet. Das Polizeipräsidium sogar hat diese erlogenen Behauptungen in die Welt gesetzt.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ hat Ermittlungen beim Polizeipräsidium eingezogen und teilt als Ergebnis folgendes mit: „Nach Ansicht maßgebender Kreise im Polizeipräsidium sind die gestrigen Ereignisse in Moabit nicht durch zufällig zusammengetroteten Janagel herbeigeführt worden, es handelt sich vielmehr um einen wohl vorbereiteten Ergeß organisierten Arbeiter gegen die Polizei. Seit Monaten ist die in dem Industrieviertel wohnende Arbeiterschaft gegen die Firma Kupfer, die Streikbrecher und die Polizei aufgebracht worden, bis es zu den Ausschreitungen in der heutigen Nacht gekommen ist. Wie meist in solchen Fällen haben die Führer schließlich die Massen nicht mehr in der Hand und es kommt zu blutigen Zusammenstößen.“

Solche albernen Behauptungen nimmt das Bürgertum für bare Münze, doch lassen sie sich in keiner Weise aufrecht erhalten, denn organisierte Arbeiter haben bei ihren Kämpfen die Organisation hinter sich. Und Straßenkrawalle gehören nicht zu den Kampfmitteln der Organisationen zur Erringung menschewürdiger Existenzbedingungen. Das Gegenteil des Behaupteten ist richtig. Es handelt sich nicht um einen wohl vorbereiteten Ergeß gegen die Polizei, gegen die bestreikte Firma und ihre Arbeitswilligen, sondern es handelt sich um einen

solchen gegen die organisierten kämpfenden Arbeiter. Daß die organisierten Arbeiter den Krawallen fernstehen, geht schon aus einer vom Polizeimajor Mau, der die Aktion leitete, einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ gegebenen Erklärung hervor. Der Major betonte, daß „bei den späten nachtllichen Ereignissen wirkliche Arbeiter oder Streikende wenig oder gar nicht beteiligt waren“.

Die organisierten Arbeiter können diese einwandfreie Rechtfertigung von den schweren Vorwürfen, die gegen sie erhoben wurden, zur Kenntnis nehmen.

Die letzte Ursache, die Hartnäckigkeit des Unternehmertums, droht weiterhin schwere Konflikte heraufzubeschwören. Einigungsverhandlungen, zu denen sich der Berliner Oberbürgermeister bereit erklärte, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Firma, nachdem der Magistratsrat Dr. Schulz von der Unternehmerorganisation und der Firma brüst zurückgewiesen wurde. Selbstverständlich verstehen sich die streikenden Arbeiter auch nicht zu bedingungsloser Aufnahme der Arbeit, wenn das ihnen etwa angetragen werden sollte. Der bei diesem Kampfe so viel geschmähte Transportarbeiterverband wird am Sonntag das Richtige getroffen haben, als er in den Protestversammlungen Stellung gegen die Anschuldigungen nahm, in denen festgestellt wurde, daß die Arbeiter alles getan haben, den Streik zu verhindern. Ein Referent stellte weiter fest, daß die Firma den Streik provoziert und selbst das bescheidene Ansuchen des Oberbürgermeisters kirchlicher, das Einigungsamt heranzuziehen, abgelehnt habe. Die Scharfmacher wollen also den Kampf und die schenken auch ein Interesse an den blutigen Krawallen zu haben. Die versammelten Arbeiter beschloßen einen Protest gegen die Firma und die Polizei und sprachen sich für die energische Fortführung des Kampfes aus.

Auf der gleichen Stufe wie das Vorgehen der Firma Kupfer u. Cie. steht das provozierende Verhalten der Scharfmacher in der Metallindustrie. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erläßt unterm 22. September folgende Bekanntmachung: „Der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen hat in seiner am 22. September dieses Jahres in Berlin stattgefundenen Sitzung einstimmig beschlossen, die Seeschiffswerften in ihrem Kampfe gegen die Forderungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Es soll deshalb am 8. Oktober nach Arbeitschluss eine Aussperrung von 60 Prozent der gesamten Besatzung eintreten, welche nicht früher aufgehoben wird, als bis die Differenzen auf den Seeschiffswerften beendet und die von den Ausländern beantragten Sympathiestreiks aufgehoben sind.“ Es sollen also 400 000 Arbeiter brotlos gemacht werden und die verbleibenden 40 Prozent werden in den meisten Fällen die Arbeit einstellen.

Am 26. September fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Industriellen und der Arbeiter statt, auf denen veröfentliche Tendenzen auf beiden Seiten beobachtet werden konnten. Kommt es

zur Aussperrung, so sind die Arbeiter kampfbereit. Nach den Meldungen der Tagespresse sind die Verhandlungen gescheitert und die Aussperrung wird damit perfekt.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet scheint das Scharfmachertum aus eigenen Gründen der Aussperrung mit gemischtem Gefühlen gegenüberzustehen. Auch haben die Seeschiffswerften schon in manchen Punkten nachgegeben. So haben sie selbst Verhandlungen angetnüpft und es soll auch ohne die Selben verhandelt werden. Für die Arbeiter steht die Solidarität des internationalen Proletariats gegen Scharfmachertum und Polizeigewalt.

Eine bewußte Entstellung?

Die Fachpresse veröffentlichte im allgemeinen über den Ausgang unserer Bewegung in Nürnberg einen wahrheitsgemäßen sachlichen Bericht. Nicht aber die „Kartonnagen-Zeitung“, welche schon in ihrer Nr. 38 behauptete: „Das, was nach fünfwöchigem Streik erreicht wurde, ist schon fünf Wochen vorher von den Unternehmern angeboten gewesen“ usw.

Anlässlich dieser Behauptung, an der kein wahres Wort ist, mußte man sich die Frage vorlegen: „Weiß der Berichterstatter der „Kartonnagen-Zeitung“ wirklich nicht, daß vor dem Streik nur geringfügige Lohnerhöhungen für ganz wenige Personen angeboten waren? Daß ferner ein Eingehen auf jedwede Vereinbarung mit dem „Deutschen Buchbinder-Verband“ prinzipiell abgelehnt, Minimallohne für Arbeiterinnen im alleräußersten Falle von 8,50 Mark und 9 M. in Aussicht gestellt, generelle Lohnerhöhungen ebenfalls prinzipiell abgelehnt wurden?“ Zweierlei Möglichkeiten können hier nur vorliegen: entweder vollständige Unkenntnis der Vorgänge oder aber absichtliche Entstellung der Tatsachen! Sollte letzteres der Fall sein, so ist erneut bewiesen, daß es mit der Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit des oben erwähnten Berichterstatters sehr, sehr windig aussehn muß. Uebrigens ist es nicht das erstmal, daß solche Widersprüche zu verzeichnen sind. Wer von einer Fachschule von Kartonnagenarbeiterinnen zu berichten weiß, die niemals existiert hat, wer es ferner fertig gebracht hat, vor etwa Jahresfrist von der verstorbenen Großherzogin von Baden zu faheln, die heute noch lebt, kann keinen Anspruch mehr darauf machen — ernt genommen zu werden! Aus diesen Gründen schien es auch überflüssig, derartige Wahngelüste auch nur eines Wortes zu würdigen, da wir unsere knapp bemessene Zeit weit nutzbringender anwenden müssen.

Der Leitartikel in Nr. 39 der „Kartonnagen-Zeitung“ mit dem Stichwort: „Die Tarifffrage“, gez. Dixi, läßt jedoch keinen Zweifel mehr darüber, daß bei aller Konfusion, die darin zum Ausdruck kommt, das Leitmotiv nur die

Nur Belgien, Holland und Deutschland haben sich diesmal in größerem Umfang auf das Gebiet des Unterrichts und der Erziehung geworfen. Natürlich zeigen die Ausstellungsobjekte aller drei Länder viel mehr, wie es sein möchte als wie es ist. Preußen will auch in seinem Schulwesen glänzen; aber es hat sich schwer gebüht, einen der oipreubischen Schulpaläste nach Brüssel zu setzen, eins der Dorfschulhäuser, deren Decken einbrechen und deren Wände gute Ventilatoren abgeben. Wenn der Ausländer die vorzüglichen Schulstuben in der deutschen Abteilung sieht und meint, sie repräsentierten den Durchschnitt, so beschwindelt er sich stark. Wir Deutschen wissen das am besten. Was die pädagogische und die ärztliche Wissenschaft längst schon als notwendig und allein richtig anerkannt hat, ist noch lange nicht allgemein durchgeföhrt. Und mügen auch die Städte in bezug auf äußere Einrichtung der Schulen und auf ihre Ausstattung mit Lehr- und Anschauungsmitteln den neuzeitlichen Anforderungen gerecht werden, so laßt doch, auf der deutschen Volksschule noch der Alp der Pfaffenherrschaft, des hurrapatrischen Drills und des Geisteszwanges, der die Geister der Kinder mehr verkrüppelt, als früher die Körper durch ungewöhnliche Schulbänke geschädigt werden konnten. Man ist darum immer versucht, wenn man Ausländer in Lobeserhebungen über die deutschen Schulen sich ergehen hört, ihnen zuzurufen: „Das ist ja Schwimbel! So ist nur in einem kleinen Prozentsatz der Schulen, und außerdem ist nicht mit ausgestellt der finstere Geist, die Ineditsche Gesinnung, die in den deutschen Schulen noch verbreitet wird und zu deren Vertreter sich der deutsche Volksschullehrer erniedrigen muß, will er nicht aus seinem Amte gejagt werden.“

O, sie ist gar prächtig herausgeputzt worden, die deutsche Abteilung für Erziehung und Unterricht.

Wir finden da ganze Bibliotheken für Studenten und für Schüler höherer Lehranstalten. Dem Unterricht in Geographie, allen Naturwissenschaften, der Physik, der Chemie und dem Zeichnen sind besondere Säle gewidmet. Turnen, Spiel und Sport werden veranschaulicht, und auch Volksschulen werden vorgeführt. Wie für anormale Kinder in Hilfsschulen gefogrt ist, wird gezeigt. Knaben- und Mädchenhandarbeiten sind in großer Anzahl ausgestellt. Ueber die Schulhygiene ist eine ganze Bibliothek vorhanden. Eine reichhaltige Sammlung schulärztlicher Formulare und Berichte liegt da, ebenso ein schulärztliches Instrumentarium. Apparate und Einrichtungen zur Gesundheitspflege in der Schule sind zur Schau gestellt, dergleichen reichhaltiges Anschauungsmaterial für den Unterricht in der Gesundheitspflege. An den Wänden hängen große und kleine Tabellen über alle möglichen Schulfragen. Auf langen Tafeln liegen Schülerarbeiten der verschiedensten Art zur Einsichtnahme aus. Lehrmittel für alle Unterrichtszweige sind in fast erdrübender Vielgestaltigkeit zu sehen. Noch niemals ist in dieser Vollständigkeit gezeigt worden, daß alle Hilfsmittel vorhanden sind, um den Volksschulunterricht selbst schwachbegabten Kindern gegenüber erfolgreich zu gestalten und den Kindern das Lernen zu einem Vergnügen zu machen.

Aber wie kontrastiert mit dieser Möglichkeit die Wirklichkeit! Kat auf dem Gebiete der Seeresbewaffnung die Vernetzungstechnik einen neuen Fortschritt zu verzeichnen, so werden unbesehens Duzende von Millionen ausgegeben; der Kostenpunkt spielt dann überhaupt keine Rolle. Handelt es sich dagegen darum, die armen Schulgemeinden zu unterstützen, ihnen gesunde Schulräume, genügend viele Lehrkräfte und die besten Lehrmittel zur Verfügung zu stellen, dann wird jeder Pfennig herumgedreht; dann drückt sich der Staat von der Verpflichtung helfend einzugreifen; dann wird die Gemeinde vors

och geschoben. Errichtete der Staat große Lehrmittelfabriken und würde er die Fabrikate zum Selbstkostenpreise abgeben, wären also nicht auch die Hilfsmittel beim Schulunterricht der privatkapitalistischen Profitmacherei ausgeliefert, so könnten für wenige Millionen sämtliche Schulen mit den besten Lehr- und Anschauungsmitteln versorgt werden. Aber lieber schüttet das Reich Hunderte von Millionen in den Sand Südafrikas, lieber zahlt es jährlich mehr als hundert Millionen Mark an pensionierte Offiziere, die bei voller körperlicher Miffigkeit fast gestellt worden sind, lieber werden zehn neue Kriegsschiffe gebaut, deren jedes einzelne 40—50 Millionen kostet und die in wenigen Jahren nur noch den Wert von altem Eisen haben, als daß er die Volksschulbildung auf die Höhe hebt, die nach dem Stande der pädagogischen Technik im Handumdrehen zu erreichen wäre, wenn der Staat nur die nötigen Mittel aufwenden wollte. Man schämt sich ja heutzutage seitens der herrschenden Klassen, offen heraus zu erklären, daß der dümmste Arbeiter ihnen der liebste ist; im Gegenteil wird das Lob der Schulbildung in allen Tonarten besungen. Aber in Wirklichkeit sorgt der Staat als Hausknecht der herrschenden Klassen dafür, daß die allgemeine Volksschulbildung möglichst gering bleibt. Ich habe auch keine Lehrpläne ausgestellt gesehen, aus denen ersichtlich war, ein wie lächerlich großer Prozentsatz der Schulstunden von Religion und dem, was drum und dran hängt, weggenommen wird.

Keinen Teil der deutschen Ausstellung habe ich so mißgestimmt verlassen wie den für Erziehung und Unterricht. Eben weil hier der Staat durchgreifend besser könnte, wenn er nur wollte, fällt der Mecklamschwimbel, der in Brüssel mit dem deutschen Volksschulwesen getrieben wird, auf die Herzen. Gezählt, gewogen und zu leicht befunden.

(Schluß folgt.)

Abficht sein kann, der ersten Entstellung der Tatsachen noch ein Quantum faulstücker Lügen anzufügen.

Angebracht dürfte es deshalb sein, uns mit den „Liebenswürdigkeiten“ zu befassen, die uns betreffen. Diese Auslassungen sind derartig, daß wir sie unseren Mitglieðern in ihrem Wortlaut nicht vor-enthalten wollen. Der Herr Konfusionsrat Dixi läßt sich also vernehmen:

„Zur Tariffrage selbst: Nürnberg hat jedenfalls einen zweiten „bösen“ Stampf zu bestehen, wird ihn aber durchschleusen. Der erste Stampf, der nur ein Vorpostenangeplänkel war, hat sich ja bei den Kunstankalten abgespielt. Mehr als 6 Wochen hat der Stampf auf beiden Seiten, mit allen Machtmitteln unterstützt, gedauert. Auf Seiten der Arbeitnehmer wollte man allerdings viel, sehr viel erreichen. Man wollte u. a. eine „automatische“ Staffeltung der Löhne nach dem Alter der betreffenden Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Leistung, wie es in allen Tarifen verlangt wird; denn man sagt ja: „Mordarbeit ist Mordarbeit.“ — Der Faulenzger muß mit Rücksicht auf sein Alter soviel verdienen wie der gleichalterige tüchtige Kollege mit großem Fleiße. Wo bleibt da der Zukunftsstaat, den Weltam in seinem „Rückblick vom Jahre 2000“ so hübsch zu Papier gebracht hat?

Auf die Forderungen in Nürnberg gaben die Kunstankalten vor 5 Wochen eine Antwort, in welcher keine Zugeständnisse gemacht wurden. Da die Hauptsache, der „Tarif“ in obigem Sinne fehlte, wurden die Vorschläge der Arbeitgeber schände abgewiesen und die Lärmtrommel geschlagen. Alarm auf der ganzen Linie nach bekanntem Schema, welches den Zweck hat, die Anhänger zu bestören und gefügig zu machen! Heute, da ich diese Zeilen niederschreibe, ist die Schlacht geschlagen. Die Arbeiter der Nürnberger Kunstankalten haben fünf Wochen vergebens gestreikt und haben heute die Arbeit unter den von den Arbeitgeber vor fünf Wochen gemachten Bedingungen und Vorschlägen wieder aufgenommen.

Diesmal war es in Nürnberg Essig und ein fünf Wochen dauernder Streik vergebens! Vergebens das Felsgeschrei, vergebens die Opfer, die von den Arbeitswilligen unter Drohungen jeglicher Art erpreßt wurden. Hoffentlich bleibt der Segen nicht aus, und zwar in der Form, daß man in streikten der Arbeitnehmer auch einmal anfängt zu denken und sich von gewissen Herren nicht so blindlings an Gängelbände führen läßt.

Sollte unsere Nürnberger Kollegenschaft in diesem Jahre in der Kartonnagenindustrie auch noch herangezogen werden, so wird sie hoffentlich auch das Rückgrat zeigen, um dem Ansturm einiger entgeltloser Leute.

Hofheim: Am 26. August erklärte die Arbeiterschaft in Hofheim den Stampf für beendet, „ohne bezüglich der Lohnerhöhung zu einem befriedigenden Resultate zu kommen“; so schreibt das Arbeitnehmerorgan. Alle Hochachtung vor solcher Solidarität unserer Kollegen! O Hanau! Eisenberg, Rathenow halten tapfer aus. München, Hamburg, Mannheim (wenn es dort erst werden sollte) werden ebenfalls bis zum äußersten kämpfen, um übertriebene Forderungen abzuwehren. Was gerecht ist, soll und muß recht bleiben, aber nur keine Niederlagen erdulden, wo man unsere Kollegen und uns erschaffen will.“

Der Stoffseufzer, die blasse Furcht vor dem zweiten „bösen Kampf“ in Nürnberg, ist köstlich und geeignet, die Lachmuskeln der Leser in lebenshafte Bewegung zu versetzen. Bis zur Stunde ist uns davon aber auch rein gar nichts bekannt! Unser Dixi, welche unheimlichen Mächte müssen in Deinem unheimlich zermarterten Gehirn ihr Unwesen treiben? Mehr als 6 Wochen soll der Kampf gedauert haben? In Nr. 38 der „Kart.-Ztg.“ heißt es noch 5 Wochen, in Nr. 39 ebenfalls!

Als absichtliche Entstellung der Tatsachen muß es aber bezeichnet werden, daß eine Staffeltung der Minimallohne nach dem Alter gefordert worden sei. Auch die Kunstankaltsbesitzer werden jederzeit bereit sein, zu bestätigen, daß die Staffeltung der Minimallohne von uns nach der Dauer der Tätigkeit in der Berufsvorgesehen war, wie wir dies auch in allen Tarifen bisher vereinbart haben und in Zukunft auch so handhaben werden. Wer seinen Lesern derartige Lügen aufstischt, hat wahrlich gar keine Veranlassung, etwa Episteln über unanständige Tonart usw. vom Stapel zu lassen. Eine auch nur ähnlich ruppige Tonart, wie sie Herr Dixi in der „Kartonnagen-Zeitung“ anzuwenden beliebt, kann es gar nicht geben. Zu verwundern war schon lange, daß die Mitglieder des Kartonnagen-Fabrikanten-Verbandes sich einen solchen Sauerbrotton — im wahren Sinne des Wortes — gefallen lassen. Genau so sind die Tatsachen auf den Kopf gestellt, wenn behauptet wird, die kleinen Zugeständnisse der Kunstankaltsbesitzer wurden schände zurückgewiesen, weil der Tarif fehlte. Noch nie haben wir einen Zweifel darüber gelassen, daß wir uns nicht an bestimmte Formen festhalten, sondern es gilt uns gleich, ob an Stelle des Wortes „Tarif“ „Bestimmungen“, „Vereinbarung“ oder „Abmachungen“ gesetzt wird. Noch einmal wird faulstücker gelogen, indem behauptet wird: „Die Arbeiter der Nürnberger Kunstankalten haben 5 Wochen vergebens gestreikt!“

Daß vor erfolgter Arbeitsniederlegung so gut wie gar nichts angeboten wurde, ist schon eingehend nachgewiesen. In der zweiten Streikwoche erfolgte ein Angebot seitens der Anstaltsbesitzer in Gestalt einer Vorlage, die an Stelle des Wortes „Tarif“

„Bestimmungen“ über Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. enthielt. Ueber eine Anzahl Positionen dieser Vorlage wurde eine Einigung erzielt. Die Differenzpunkte bildeten die Minimallohne. Es waren vorgesehen für ausgebildete Arbeiter im ersten Gehaltsjahre 18 bezw. 19 M. Weitere Staffeln wurden von den Unternehmern prinzipiell abgelehnt. Für Arbeiterinnen über 16 Jahre im ersten Halbjahre 8,50 M., im zweiten 9 M., nach einjähriger Tätigkeit 9,50 M. Wenn Herr Dixi ehrlich zu handeln versteht — was angezweifelt werden muß —, so ist es für ihn eine Leichtigkeit sich zu überzeugen, daß er gesunken hat. Wir sind gern bereit, ihm das von beiden Verbänden unterzeichnete Original der getroffenen Vereinbarungen auf unserem Bureau in Nürnberg, Breitengasse 25/27, Mittelbau III, zur Einsichtnahme vorzulegen. Auch dürfte er auf der Kanzlei des Gewerbeinspektors Einsicht in das Protokoll der Unterhandlungen nehmen können. Auch Herr Richter, in Firma Karl Schimpf, dürfte bereit sein, die erforderlichen Informationen bereitwillig zu erteilen. Heiterkeit erregend ist der Herzensegner: „Diesmal war es in Nürnberg Essig und ein 5 Wochen dauernder Streik vergebens! Hoffentlich bleibt der Segen nicht aus, und zwar in der Form, daß man in den Kreisen der Arbeitnehmer auch einmal anfängt zu denken!“ Hierüber können wir Herrn Dixi berichten, daß diese seine Hoffnung schon vollständig in jeder Hinsicht in Erfüllung gegangen ist. Allerdings in anderer Hinsicht, als dies ihm angenehm sein dürfte. Unsere Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1910 1001, am 1. Oktober 1910 1305. Wir sind also wesentlich gestärkt aus dem „nutzlosen“ Kampfe hervorgegangen. Unsere Kolleginnen haben auch schon durch ihr Nachdenken herausgefunden, daß 10 M. Lohn nach einjähriger Tätigkeit im Beruf schon eher annehmbar sind als bisher nach 3, 5, 10 und mehrjähriger Tätigkeit 9 M. und 9,50 M. usw.

Allen unerhörten Konfussionen, Entstellungen und robussten Verunglimpungen der Arbeiterschaft setzt „Dixi“ noch die Krone auf durch eine Beleidigung, die nur blindwütigen Größenwahn entsprungen sein kann. Faulenzger bezeichnet „Dixi“ unsere Kollegen und Kolleginnen.

Hört Ihr es, Kollegen und Kolleginnen von Nürnberg-Fürth? Dafür, daß Ihr bisher bei Hungerlöhnen von früh bis spät geschuftet und den Unternehmern reichliche Profile eingebracht habt, nennt man Euch Faulenzger. Dieser Giftspeiß dürfte wohl auf denjenigen zurückprallen, der ihn abgeschossen hat. Herr „Dixi“ dürfte wohl ganz genau wissen, wo die Faulenzger stecken. Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen von Nürnberg-Fürth, merkt Euch diesen Fuhrtritt und zahlt eine solche unerhörte Frechheit mit Zinsszinsen heim! Soweit es noch nicht der Fall ist, schließt Euch dem „Deutschen Buchbinder-Verband“ vollzählig an, der infolge seiner Aktionsfähigkeit in der Lage ist, Euch gegen diese menschenwürdige Behandlung zu schützen. Genau so könnt Ihr mit Hilfe desselben eure Lohn- und Arbeitsbedingungen so gestalten, daß Ihr wenigstens genügend Brot essen könnt.

O Hanau! Ueber das Verhalten der Hanauer Etuisfabrikanten kann man sich im Lager der Scharfmacher gar nicht beruhigen. Warum? Weil diese Unternehmer in Hanau als tüchtige und gründlich durchgebildete Geschäftsleute gute Rechner waren. Auch nannten sie noch etwas Humanität als gebildete Unternehmer ihreigen, die man bei solchen Leuten wie bei Ihnen, Herr Dixi, vergebens sucht. Die Etuisfabrikanten in Hanau haben die Situation sehr schnell begriffen und dementsprechend zugestanden, was ihnen möglich war. Unsere Kollegen haben dem Rechnung getragen und ebenfalls nachgegeben, ein Beweis dafür, daß man unfererseits jedes annehmbare Zugeständnis der Unternehmer mit Entgegenkommen anerkennt. Diese Tatsache wollen aber doch die Schleifsteindecker a la Dixi u. Co. absichtlich nicht anerkennen, weil ja sonst kein Grund mehr vorhanden wäre, die Unternehmer auf die Arbeiter in rachsloser Weise zu hetzen.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland:
 - Dresden und nähere Umgebung (Präger, Masatpräger usw.);
 - Eisenberg (Etnisarbeiter);
 - Hamburg-Altona (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Hannover (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter, Portefeinler und Arbeiterinnen);

- Rathenow (Etnisarbeiter);
- Nürnberg-Fürth (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen);
- Berlin (die Firma Regenhardt, Buchbinderei Schönberg);
- Dortmund: die Firma Ruhfuß;
- Hofheim: die Firma Lehrberg;
- München: die Heiligenbilderfabrik von J. Müller.

- Belgien:
 - Turnhout (Papierarbeiter).
- Oesterreich:
 - Wien (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Reichenberg (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Leitfchen-Wodenbach (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Warnsdorf (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Görz: die Firma Giovanni Logar.
- Schweiz:
 - Arbon: die Firma A. B. Heine, Stickerereigeschäft;
 - Korshach: die Firma Feldmühle, Stickerereigeschäft.

- Ungarn:
 - Budapest (für alle Branchen).
- Kroatien:
 - Agram (die Firma St. Angli).

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Braunshweig (alle Branchen);
- Halberstadt (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter);
- Mannheim (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen);
- München. (Vor Stellungannahme im Bureau erfordern!)
- Dsnabrück (Buchbinder);
- Blauen i. B. (Buchbinder und Linierer);
- Potsdam-Rowawes (Buchbinder);
- Würzburg (alle Branchen);
- Söllingen (alle Branchen).

In Hannover und München wird von jetzt ab Unterstützung an Durchreisende nicht mehr ausbezahlt.

Der Stand der Bewegungen in Eisenberg und Rathenow ist noch unverändert.

Die Etuisfabrikanten in Eisenberg und Rathenow sind wieder auf der Suche nach Arbeitswilligen. In den „Leipziger Neueste Nachrichten“ und in bürgerlichen Zeitungen anderer Orte werden Buchbinder und Kartonnagenarbeiterinnen für die bedrängten Fabrikanten gesucht. Unsere Kollegen wollen deshalb auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß die Anstrengungen der Herren vergeblich bleiben.

Der Streik dauert in beiden Orten unverändert fort. Die Kämpfenden stehen fest, sind guten Mutes und gewillt, den Krieg solange zu führen, bis sich die Prinzipale zu einem zufriedenstellenden Entgegenkommen bequemen. In Eisenberg sind am 1. Oktober die neuen Bestimmungen in den Betrieben in Kraft getreten, mit denen ein Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte.

Hannover. Die ablehnende Haltung der hiesigen Prinzipale auf unsere Forderungen, die sich gegenüber des soeben in Hamburg abgeschlossenen Tarifes wahrhaftig gerade bescheiden genug ausnehmen, machte die Abhaltung einer weiteren großen öffentlichen Versammlung notwendig. Diese fand am 27. September statt und gestaltete sich durch den außerordentlichen Besuch der hiesigen Berufsgenossen — weit über 1500 Kolleginnen und Kollegen waren anwesend — zu einer imposanten Protestversammlung gegen die geringen Zugeständnisse der hiesigen Prinzipale. Eine solche Versammlung der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen hatte Hannover noch nicht gesehen. Die Kollegen Hornader und Grebe berichteten über die nament-

lich für die Kolleginnen völlig reifstaltlos abgebrochen Verhandlungen mit den Prinzipalen am 22. September und deren Einrückungspolitik. Als die Prinzipale davon Kenntnis erhielten, daß am 23. und 24. September die Kündigungen auf der ganzen Linie eingereicht werden sollten, da fiel ihnen dieser Beschluß auf die Herzen und sie suchten um eine Verhandlung nach, die am 22. September stattfand. Es gelang der Kommission, für die Gehilfen im Alter von 23 Jahren 25 Mk. und für solche im Alter von 26 Jahren 28 Mk. Minimallohn zu erreichen, aber für die Arbeiterinnen wollten die Herren absolut nichts bewilligen. Die Tarifdauer wollten die Herren jetzt auf drei Jahre — in der ersten Verhandlung auf sechs Jahre und mit Ablauf am 1. Januar — und mit Ablauf am 1. Oktober annehmen. Mit so leeren Tischen konnte aber die Kommission nicht die Akten schließen und darum wurden die Verhandlungen abgebrochen mit der Erklärung der Prinzipale „es nunmehr auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu wollen.“

Es muß hier vor aller Welt festgestellt werden, daß einige hiesige Großbetriebe und auch Innungsmeister schon heute den von der Kommission vorgeschlagenen, von unseren Forderungen bedeutend ermäßigten Minimallohn für Arbeiterinnen bezahlen, und daß sie sich jetzt weigern, diesen Satz tariflich festzulegen. Ein auf solcher frivolen Herausforderung beruhender Streik ist eine beispiellose Leichtfertigkeit der hiesigen Unternehmer gegenüber sich und ihrem Personal. Die gebührende Antwort war dann auch die einmütige Kündigung der gesamten Personale. Als dann der erste Schreden überstanden war, glaubten die Herren und ihre Vermeister, mit ihrem Personal leichtes Spiel zu haben, indem sie ihm Versprechungen aller Art machten, und als dies nichts halfen, durch Drohungen und Einschüchterungen es soweit zu bringen, daß es die Kündigung würde zurecht zu rücknehmen. Aber mit solcher Freude konnte konstatiert werden, daß sich bis jetzt noch niemand umreden ließ, im Gegenteil, etliche wankelmütige haben sich jetzt fest an ihre kämpfenden Kollegen angeschlossen. Es wäre für die Prinzipale und ihre Meister ein äußerst lehrreiches Kapitel gewesen, einmal in diese Versammlung zu kommen, um sich zu überzeugen, ob es wirklich ein leichtes Spiel sei, das Personal durch besondere Betonung der Gebefreudigkeit, z. B. Weihnachtsgeschenke usw., dahin zu bringen, daß es zum Verräter an sich selbst würde.

In riesigen Inseraten in den hiesigen Zeitungen werden durch die üblichen großen Versprechungen Gehilfen und Mädchen gesucht. Diese Inserate erscheinen oder werden noch erscheinen in den meisten größeren Zeitungen Deutschlands und wahrscheinlich auch im Ausland. Lasse sich niemand durch diese Inserate dazu verleiten, Angebot nach Hannover anzunehmen, denn die besprochenen Lohnsätze werden von dem gut eingearbeiteten Personal nur zum Teil und auch nur unter äußerster Anstrengung erreicht. So hatten die beiden Weltfirmen König u. Ebhardt und Ehler u. Kriese auch in sämtlichen Zeitungen in Briesg. i. Schlef. inseriert nach Buchbindern, Finierern und Arbeiterinnen. Die Brieger Kolleginnen und Kollegen lassen sich aber durch solche Angebote nicht dazu verleiten, an ihren kämpfenden Kollegen zum Streibreaker zu werden; mit herzzerreißender Offenheit haben unsere dortigen Kollegen an die hiesige Firma Ehler u. Kriese ein Schreiben gerichtet, daß sie sich Zeit und Geld sparen könnte, von Briesg käme niemand nach Hannover. Das Geld, was die teuren Inserate verschlingen, könnten die hiesigen Prinzipale, wenn sie vernünftig genug wären, besser anwenden, wenn sie die Minimallohne der Arbeiterinnen aufbesserten und dann Frieden schloßen. Auch der Arbeitsnachweis der Innung schleicht auf den lichtschönen Pfaden herum und sucht — in auswärtigen (!) Zeitungen Arbeitswillige unter der Adresse: Buchbindermeister Hegemann, Hannover, Marktstr. 61. Dieser Arbeitsnachweis, der ja an sich bedeutungslos ist, ist nunmehr für organisierte Kollegen selbstverständlich gesperrt. Einige kleine Firmen haben den Tarif bereits anerkannt und auch die Firma Täsche, nachdem deren Personal einen Tag gestreikt hatte. Die Firma Georg Pöhlner glaubt sich besser zu stellen, wenn sie den Tarif nicht anerkennt und dafür den Arbeiterinnen ab und zu ein neues Kleid schenkt. Ein anderes Bild, um auch den Humor auf seine Rechnung kommen zu lassen, wurde von einem der Redner gezeigt, das einen Buchbinder bei König u. Ebhardt darstellt, wie er seit langer Zeit gegen die organisierten Kollegen heßt und endlich drohte, wenn ihm — er betreibt nebenbei in Linden, Pavillonstraße, ein Papiergeschäft (Zuruf: Mundhenke) in seinem Geschäft Schaden zugefügt werde, den Buchbinderverband auf Schadenersatz zu verklagen.

Daß die Unternehmer nicht daran denken, den in den Inseraten versprochenen Lohn zu bezahlen, be-

weise die Firma Leunis u. Chapmann. Da mußten einige Folgerinnen, die in der Fabrik arbeiten, einige Wochen aussetzen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Und morgens vor Tau und Tag konnten wir feststellen, daß die Arbeit in Kinderwagen und großen Waschkörben als Heimarbeit aus dem Hause gegeben wurde. Die Folgerinnen erhielten auf eine Anfrage von dem Vermeister den Bescheid: „Sie haben zu viel verdient.“ (!!!) Als nun die Mädchen ihre Papiere verlangten, erklärte der Meister, sie könnten für den Wochenlohn von 10 Mk. weiter arbeiten. In dem Inserat der Prinzipale wird aber den Arbeiterinnen 12 Mk. versprochen. Kornader faßt die ganze Situation treffend zusammen in der Erklärung, daß die Prinzipale durch die ablehnende Haltung die gegenwärtige Situation geschaffen haben, die nun ein entschiedenes Vorgehen fordern. Die Kollegenschaft soll sich fündlich bereit halten, um dem Außer der Organisation zu folgen. Einstimmig angenommen wurde nachstehende Resolution:

„Die am 27. September in den Sälen des „Ballhofs“ tagende, von über 1500 in den hiesigen Buchbindereien, Stenografenfabriken, Linieranstalten, Kartonnagen- und Einrißfabriken, Buch- und Steinrudereien beschäftigten Buchbinder, Finierer, Kartonnager sowie deren Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von den am 22. September mit den Prinzipalen gepflogenen, resultatlos verlaufenen Verhandlungen. Die Versammlung sieht die von den Prinzipalen gemachten Zugeständnisse, insbesondere soweit Arbeiterinnenlöhne in Frage kommen, als völlig ungenügend an und erklärt sich deshalb mit der ablehnenden Haltung des mit den Verhandlungen beauftragten Vorstandes und der Kommission durchaus einverstanden. Die Versammlung ist auch heute noch der Ansicht, daß, falls die Arbeitgeber ernstlich gewillt sind, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, sich diese bei weiteren Zugeständnissen sehr wohl auf Grund der vorliegenden Tarifvorlage erreichen ließe, sie beauftragt deshalb den Vorstand, sich auch weiterhin jederzeit zu Verhandlungen bereit zu halten.

Die Versammlung erklärt weiter, daß, falls eine friedliche Verständigung nicht zu erreichen ist, der Kampf für die Durchföhrung des Tarifs unter allen Umständen auf der ganzen Linie aufgenommen werden soll. Die Versammlung beauftragt deshalb den Vorstand der Zastische Hannover, alle für die Durchföhrung des Tarifs geeignete erscheinenden gesetzlichen Mittel zur Anwendung zu bringen.

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Einschüchterungs- und Beeinflussungsversuchen, wie sie in den größeren Firmen geübt werden. Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen derartige Maßnahmen, die den alleinigen Zweck haben, den Arbeitern die Ausübung des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechts zu unterbinden. Die Versammlung erklärt, sich bisher stets einer auf gesetzlichem Boden basierenden durchaus anständigen Kampfesweise befleißigt zu haben, und glaubt deshalb von seiten der Arbeitgeber und ihrer Vermeister dieselbe Behandlung erwarten zu dürfen.“

Am 1. Oktober sind bereits in einer Anzahl Betriebe die Kündigungen abgelaufen und deren Personale in den Ausstand getreten, am Ende der ersten Oktoberwoche laufen die sämtlichen übrigen Kündigungen ab und der Ausstand wird ein allgemeiner, wenn die Prinzipale nicht im letzten Augenblick sich eines besseren besinnen und etwas mehr bewilligen. Wir sind gerüstet! Weit über 1200 Kolleginnen und Kollegen sind am Ort jetzt organisiert.

Seit dem 29. September und 1. Oktober befindet sich das Personal der Firmen S. Osterwald, Georg Pöhlner und Willy Sahn, insgesamt 18 männliche und 8 weibliche Kollegen, im Streik. Am 7. und 8. d. M. werden die Arbeitsniederlegungen in den übrigen Betrieben folgen, so daß sich dann über 1000 Kolleginnen und Kollegen im Ausstand befinden.

Berlin. Die Tarifbewegung der Eisarbeiter. Am 30. September versammelte sich wieder die Eisarbeiterchaft, um sich über den Stand der Tarifbewegung zu informieren und zu den Vorgängen der letzten Tage entsprechend Stellung zu nehmen. Die Lohnkommission hatte, nachdem die Verhandlungen über den neuen Vertrag in der Schlichtungskommission durch den hartnäckigen Widerstand der Fabrikanten ergebnislos verlaufen waren, weil die letzteren von ihrem Verbandsbeschlusse — auf unsere über ihre Zugeständnisse hinausgehenden Forderungen nicht mehr einzugehen — trotz aller Bemühungen des die Verhandlungen leitenden Gewerbeschichters nicht abzubringen waren, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen, in der Hoffnung, daß sich die Arbeitgeber nun in der letzten Tarifinstanz zu ernstlichen Verhandlungen bereit finden lassen. Doch weit gefehlt! Obwohl die auf ihren Antrag bei Schaffung des Tarifvertrages in ihn aufgenommene Bestimmung sagt:

„Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis zum 30. September 1910 und läuft stets auf ein Jahr weiter, wenn derselbe nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Zeitt dieser Fall ein, so ist die Schlichtungskommission verpflichtet, sofort in Verhandlungen über einen neuen Tarif einzutreten; damit derselbe rechtzeitig an Stelle des alten Tarifses verfaßt wird und auf dem Gewerbegericht folgelegt werden kann. Für den Fall, daß es den Parteien nicht gelingt, einen neuen Vertrag zustande zu bringen, soll das Einigungsamt zur Schaffung eines neuen Tarifses angegangen werden.“

machten die Arbeitgeber ihre bereits in der Schlichtungskommission ausgesprochene Drohung, daß sie vor dem Einigungsamt nicht erscheinen würden, wahr und blieben der Sitzung desselben am 27. September fern. Sie entkanden lediglich ihren Verbandsvorsitzenden, den Generalsekretär Rasse, der weiter nichts als die Erklärung abzugeben hatte, daß alle weiteren Verhandlungen seitens der Arbeitgeber abgelehnt werden. Das fand selbst das Einigungsamt als unerhört. Vergeblich suchte der Vorsitzende Magistratsrat Dr. v. Schulz dem Generalsekretär Rasse klarzumachen, daß die Arbeitgeber zu Verhandlungen durch den Vertrag verpflichtet sind. Schließlich fällt das Einigungsamt folgenden Spruch:

„Das Einigungsamt beschließt einstimmig, daß die Parteien laut § 6 des Tarifvertrages zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages verpflichtet sind. Die Arbeitgeber werden ersucht, zu dieser Entscheidung Stellung zu nehmen und dem Gewerbegericht bis zum 29. September 1910 Mitteilung zu machen, ob sie zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt bereit sind.“

Auch die Arbeiterschaft hatte bisher nicht daran geglaubt, daß die Fabrikanten sich tatsächlich weigern würden, die von ihnen selbst beantragte Tarifbestimmung zu beachten und einzuhalten. Diese Sitzung des Einigungsamtes brachte also den untrüglichen Beweis dafür, daß die bisherigen Verhandlungen nur zum Schein geführt worden sind und die Berliner Fabrikanten ebenfalls bemüht sind, dem Beschlusse ihrer Eisenader Hauptversammlung gerecht zu werden.

Inzwischen hatte aber die Lohnkommission den Vertragsentwurf der Arbeiterschaft allen Fabrikanten zugesandt und um dessen Anerkennung als Vertragsprovisorium, das bis zum eventuellen Vertragsabschluss mit dem Arbeitgeberverbände Geltung haben solle, und um Antwort bis zum 30. September gebeten. 7 Betriebe mit 37 Arbeitern, deren Inhaber dem Arbeitgeberverbände nicht angehören, hatten auch dem entprochen, so daß wir in Ruhe dem nun unvermeidlichen Kampfe entgegensehen konnten. Das Verhalten des Arbeitgeberverbandes hatte bei den Kollegen eine Kampfesimmung wie noch nie ausgelöst; es wurde als eine unerhörte Provokation der Arbeiterschaft aufgefaßt. Der inzwischen eingegangenen Nachricht, daß die vereinigten Arbeitgeber den Schiedspruch des Einigungsamtes angenommen haben, wurde nicht recht getraut; man setzte auf die neuen Verhandlungen, die schon auf den 1. Oktober angefaßt waren, keine große Hoffnungen mehr. Ein weiteres Hinausschieben des Kampfes wollten die Kollegen nicht. So wurde denn mit 94 gegen 6 Stimmen beschlossen, für den Fall, daß auch die Verhandlungen am 1. Oktober kein befriedigendes Ergebnis haben, am Montag, den 3. Oktober, in den Streik zu treten. Die Kollegen, die bei den Fabrikanten beschäftigt sind, die die Forderungen bereits bewilligt hatten, betätigten sich an der Abstimmung nicht.

In den erneuten Verhandlungen am nächsten Tage machten die Arbeitgeber zunächst ein weitergehendes Zugeständnis, indem sie für das erste Vertragsjahr 3 Proz., für das zweite 2½ Proz. und für das dritte 2 Proz. Lohnserhöhung bewilligten. Auf die Minimallohne wollten sie vor wie nach nur einmal und zwar im ersten Vertragsjahr 2 Proz. zulegen. Die Arbeitszeitverkürzung wurde mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Das Zugeständnis wurde aber von der Lohnkommission als zu gering abgelehnt. Lange bemühte sich das Einigungsamt daruin, die Parteien einander näher zu bringen, es gelang ihm aber nicht, einen Vergleich herbeizuföhren. Fast schien es, als ob das Einigungsamt nicht mal zu einem Schiedspruch kommen sollte. Doch nach 2½ stündigen Verhandlungen und Beratungen wurde folgender Spruch gefällt:

„Das Einigungsamt fällt folgenden Spruch zur Beilegung der strittigen Fragen über Arbeitszeit und Entlohnung:

- a) Der mit Wirkung vom 1. Oktober 1910 an abzuschließende Vertrag soll bis zum 30. September 1913 Gültigkeit haben.
- b) Die Arbeitszeit beträgt vom 1. Oktober 1910 bis zum 30. September 1912 wöchentlich 53 Stunden, von da ab bis zum Ablauf 52 Stunden.
- c) Die Arbeitslöhne betragen:
 1. Mindestlohn für gelernte Eisarbeiter 56 Pf.
 2. Mindestlohn für Eisstichter und Startschleifer 50 Pf.
 3. Mindestlohn für Arbeiterinnen 37 Pf. pro Stunde,
 4. alle bisher gezahlten Löhne werden vom 1. Oktober 1910 ab um 2 Pf., vom 1. Oktober 1911 ab um weitere 2 Pf. und vom 1. Oktober 1912 ab um nochmals 2 Pf. pro Stunde erhöht.“

Am 2. Oktober nahm die Kollegenschaft zu diesem Schiedspruch in einer fast vollzählig besuchten Versammlung, die äußerst stürmisch verlief, Stellung. Außer den Kommissions- und Vorstandsmitgliedern traten nur vereinzelte Redner für den Schiedspruch ein, während alle anderen Redner denselben heftig bekämpften und entschieden seine Ablehnung forderten, weil die Wünsche der Kollegenschaft in ihm nicht genügend berücksichtigt würden. Nach nahezu

bierstündiger erregter Debatte wurde nachstehende Resolution zunächst abgelehnt, aber in nochmaliger Abstimmung mit knapper Mehrheit angenommen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß sich die Verhandlungen über die Vertragsverlängerung diesmal so schwierig gestaltet haben, und in der Erwägung, daß weitergehende Zugeständnisse der Fabrikanten nur durch einen opferwilligeren Kampf, der sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitern großen Schaden zufügt, zu erreichen sein dürfte, nimmt die Versammlung den Schiedsspruch des Einigungsamtes an, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß binnen kürzester Frist eine Verständigung der Parteien über die vom Schiedsspruch nicht berührten Streitpunkte erfolgt. Sollte bis zum 6. Oktober eine Einigung darüber nicht erzielt werden, so gilt der Schiedsspruch als abgelehnt.“

Am 3. Oktober nahmen die Fabrikanten den Schiedsspruch ebenfalls an und für den 5. Oktober sind die Verhandlungen über die noch strittigen Punkte in Aussicht genommen, so daß der Frieden gesichert scheint.

Die Fortsetzung der Arbeit am 3. Oktober sollte aber nicht ohne jeden Zwischenfall vor sich gehen. In einem der größten Betriebe, bei der Firma Adolf Kann, waren die vier Etuischleifer nicht zurückgekehrt, anscheinend weil sie mit der zugestandenen Lohnaufbesserung nicht zufrieden waren. Das gab dem Betriebsinhaber Veranlassung, auch unsere übrigen Kollegen und Kolleginnen, etwa 20 an der Zahl, um 10 Uhr morgens auszusperren, nachdem bis dahin die Tischler zur Arbeit nicht erschienen waren. Die Verbandsleitung setzte sich sofort mit dem Arbeitgeberverbande ins Benehmen und verlangte die sofortige Aufhebung der Aussperrung. Dem wurde auch entsprochen. Nun will dieser kämpflustige Arbeitgeber den Kollegen für den durch ihn verschuldeten Arbeitszeitausfall Lohnabzug machen. Es wird abgewartet sein, ob das auch wirklich geschieht. In diesem Falle würde das Gewerbegericht Gelegenheit bekommen, Herrn Kann eine Belohnung zu erteilen über das, was recht und was unrecht ist.

Dresden. Zur Tarifbewegung in der Plakatbranche. Durch Beschluß der letzten Versammlung war die Tarifkommission beauftragt, die dort gefasste Resolution nebst einem Begleitschreiben und dem neu ausgearbeiteten Akkordtarif an die Herren Unternehmer gelangen zu lassen. Am nun das Ergebnis dieses Schreibens allen zur Kenntnis zu bringen, fand am 29. September wiederum eine Versammlung aller in der Plakatbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Lange verlas das Antwortschreiben des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schneidestiftplakatabrikanten. In demselben heißt es unter anderem:

„Wir nehmen von dem Inhalt Ihres Schreibens Kenntnis und erwidern Ihnen kurz und sachlich, daß wir bereit sind, über die Festsetzung der Akkordsätze zu verhandeln. Zur Bedingung machen wir uns, daß Sie die Forderungen, zu welchen wir uns absehend verhalten, durchweg fallen lassen, denn nur dann hat es einen Zweck, weiter zu verhandeln. Zeit ist Geld! Wir erklären nach wie vor, daß wir unter keinen Umständen bereit sind, den Tarif auf diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen auszuweiten, welche in dem jetzt zu Ende gehenden nicht aufgenommen sind. Wir betonen ferner, daß wir für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden nicht zu haben sind, und zwar solange, als sie in den meisten maßgebenden Betrieben der Luxusartenbranche nicht eingeführt ist. Die Forderung der Verkürzung klingt wohl bescheiden, ist aber das direkte Gegenteil, denn sie bedeutet bei einer Viertelstunde und 50 Arbeitern einen Verlust von zirka 3000 Arbeitsstunden im Jahre. Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, das ist eine doppelte Forderung. Wir verlangen den unbedingten Verzicht auf die von uns abgelehnten Forderungen. Die Resolution vom 14. September macht uns nicht irre, denn wir kennen den Wert und die Art des Zustanbekommens einer solchen nur zu genau. uhu.“

Egon Feuerstein.
Verband deutscher Schneidestiftplakatabrikanten.“

Die Versammelten waren allgemein empört über dieses Schreiben, man war auch davon überzeugt, daß die anderen Unternehmer von dem Inhalt dieses Schreibens keine Ahnung haben und daß die Firma Feuerstein als die eigentliche Ursache des Widerstandes gegen die Forderungen der Arbeiter angesehen ist. So hat H. Feuerstein auch einem Kollegen, der bei ihm gelernt hat, und fast 8 Jahre schon in dem Betrieb ist, als derselbe kündigte, um außerhalb eine bessere Stellung anzutreten, erklärt, wenn er dabeibe, bekomme 32 Mk. pro Woche. Er könne ruhig mitstreifen zum Schein, er käme trotzdem wieder rein. Als nun der betreffende Kollege erklärte, daß er seinen Kollegen nicht in den Mäßen fallen wolle und sich nicht überreden ließ, drehte H. Feuerstein den Spieß um und meinte, daß er ja eigentlich gar nichts könne und er nur ein Opfer des Verbandes sei oder es sei Freiheit, vor dem Kampfe wegzugehen (!) und so ähnliches mehr. Mäße könnten geschrieben werden über die verschiedenen Aussprachen zwischen diesem Herrn und seinen Leuten. Durch die verschiedensten Nebenarten sollen die Arbeiter irre gemacht werden. Unter anderem hat er auch geäußert, daß wir erst in der Luxusartenbranche bessere Zustände und höhere

Löhne schaffen sollen, bevor wir mit solchen unverkämbten (!) Forderungen kommen.

In weiteren Verlauf der Debatte zeigte sich auch, daß die anderen Firmen nicht einverstanden sind mit dem Vorgehen dieses Herrn. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß Herr Max Fischer (Plakatabrikant), Laubegait, welcher schon seit 1904 in seinem Betriebe die neunstündige Arbeitszeit eingeführt hat, vernünftigerweise dem Unternehmerverband den Rücken gekehrt und mit der Tarifkommission ein eigenes Abkommen abgeschlossen hat. Außer allgemeinen Zugeständnissen hat er den Akkordtarif anerkannt sowie auch allen bei ihm beschäftigten Arbeitern eine Zulage zuteil werden lassen. Nachdem alle Versammelten mit diesem Abkommen einverstanden waren, wurde die Tarifkommission beauftragt, sofort an alle übrigen Firmen heranzugehen und mit jeder einzelnen Tarife abzuschließen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, bei der Firma Feuerstein am 1. Oktober die Kündigung einzureichen, da gerade diese Firma von allen Seiten als diejenige bezeichnet wurde, welche die Ursache an der ganzen Verschleppung und den Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter ist. Durch die Kündigung hofft man allgemein auf eine Beschleunigung der schon seit drei Monaten schwebenden Tarifangelegenheit. Von den Kündigungen bei den anderen Firmen hat man vorläufig noch abgesehen, da Hoffnung vorhanden ist, daß dieselben dem Beispiel der Firma Fischer folgen werden.

Eisenberg. Einen Schurkenstreich beging ein am Streik beteiligter „Buchbindermeister“ in Würzel mit Namen Georg Müller. Der Herr hat den Holzarbeiterverband mit seiner Mitgliedschaft beglückt, weil er früher als Stokarbeiter tätig war und erst später zu seinem gelehrten Berufe zurückging. Schon zu Beginn des Streiks in Eisenberg und Würzel wurde vermutet, daß Müller Streitarbeit für Eisenberg leiste, weil er in regelmäßigen Zwischenräumen Postpakete ersickt, die sicher Eisenberger Arbeit enthalten haben. Trotzdem man ein wachsames Auge auf den Herrn hatte, gelang es doch nicht, ihn des Streichbruchs zu überführen und so konnte denn der Mann seine zweifelhafte Rolle bis Ende September durchführen. Am Sonnabend, den 1. Oktober, hatte es unser Genosse Siebert in Würzel, der uns seit langem in aufopferungsvollster Weise zur Seite steht, unternommen, den Müller zu stellen und seine Wohnung auf Streitarbeit zu durchsuchen. Trotzdem es nun heißt, wer da klopft, dem wird aufgetan, war dem hier nicht so, denn Müller verzweigte dem Genossen den Eintritt in seine Wohnung, weil er angeblich revolutionäre Zeitschriften einzubringen habe, die das Auge eines Sterblichen nicht sehen dürften. Es liegt auf der Hand, daß mit solch dürftigen Entschuldigungen der auf ihm lastende Verdacht nicht beseitigt werden konnte. Doch auch die volle Befähigung für die begangene Selbstentlastung ließ nicht lange auf sich warten, denn am gleichen Tage noch schrieb Müller an eine unserer dortigen Kolleginnen und an den Genossen Siebert, daß er aus dem Holzarbeiterverband austrete und daß er sich ab Montag, den 3. Oktober, Lohnende Arbeit suchen werde, da er sein Geld nicht mit Faulenzen zu verdienen gewillt sei. Daß in den Briefen eine Reihe von Ausreden gebraucht wurde und daß selbst vor Beschuldigungen anderer Leute nicht zurückgeschreckt wird, versteht sich am Manne. Wir versagen es uns, weiter auf das Geschreibsel des Herrn Müller einzugehen, halten es aber für recht angebracht, wenn der Holzarbeiterverband die notwendigen Schritte einleitet, um den Müller seiner gerechten Strafe entgegenzuführen.

Den freitenden Kollegen und Kolleginnen wurde am Sonntag, den 2. Oktober, durch den Besuch einer größeren Anzahl Leipziger Kollegen eine besondere Freude zuteil. Unter den Mäßen des Hornistenganges der Freien Turner Eisenbergs, unter der sachkundigen Leitung der „Grille“, wurde das schöne Mühlthal durchwandert, an dessen Eingange ein hübler Trunk kredenzt wurde, in dem sich zur Freude aller Mitsingender auch nicht eine Spur Alkohol befand. Nach kurzer Rast in der Naupoldsmühle ging's nach „Zauknitz“, allwo uns im Honorationsstübchen des dortigen Parteilokals ganz besondere „Genüsse“ erwarteten. Der Eisenberger „Euisäger Gesangverein“ hatte es sich nicht nehmen lassen, den Gästen mit seinen besten Leistungen aufzuwarten, die allerdings recht geteilte Aufnahme gefunden haben mögen. Die „Sänger“ versingen ohne Zweifel über außerordentlich gutes Stimmenmaterial, wie es selten einem Vereine zur Verfügung steht. Von einer abergerundeten Leistung konnte aber dennoch keine Rede sein, weil der „Chor“ der eigenartigen Gepflogenheit halbdigt, jede Stimme durch einen besonderen Dirigenten leiten zu lassen, welches System bei Partistimmstellen sogar soweit durchgebildet ist, daß jeder „Sänger“ seinen „Sang“ selbst dirigiert. Immerhin wird es sich empfehlen, diesem „Kollegen-Gesangverein“ auch für die Zukunft gebührende Be-

achtung zu widmen, vielleicht kann sogar dessen Mitwirkung bei einem Gesangfest in Erwägung gezogen werden, bei dem sich aber die Festbesucher mit den nötigen Burjeschossen zu versehen haben, die nicht faulerer zu sein brauchen als die Texte der gebotenen Lieder. Der Niidmarfch nach Eisenberg erfolgte unter den Klängen der Eisenberger Stadtkapelle, die die Festteilnehmer noch einige Stunden bei einem Tanzkränzchen zusammenhielt, bis der Zug die solideren Leipziger wieder ihren heimischen Penaten zuführte, während sich die Eisenberger noch lange einem fröhlichen Vergnügen hingaben, dem selbst durch den Umstand kein Abbruch getan werden konnte, daß einigen Frauen die Männer abhanden gekommen waren, deren man erst später, allerdings in recht illustrierter Stimmung wieder habhaft werden konnte.

Braunschweig. Am 24. September tagte im Gewerkschaftshause eine stark besuchte Versammlung. In dieser sollten die Antworten der Prinzipale (Buchdruckereibesitzer) auf unsere eingereichten Forderungen bekanntgegeben werden. Geißler berichtete, daß vom Vorsitzenden des Prinzipalsvereins gewünscht sei, die Antwortfrist etwas zu verlängern, da der Chef der größten Firma augenblicklich verreist sei und man ohne diesen nichts unternehmen könne. Die Tarifkommission hat hierauf den Termin um 14 Tage verschoben. Auf entsprechende Anfrage der Unternehmer hat die Kommission weiter im Einverständnis mit dem Bauvorsitzenden sich dahin entschieden, den Tarif für den ganzen Bezirk Braunschweig-Hildesheim abzuschließen. Hierzu gehören Braunschweig, Wolfenbüttel, Hildesheim, Göttingen, Einbeck, Goslar und einige kleinere Orte. Bisher waren nur zwei Antworten eingegangen. Die Versammlung war mit dem Verhalten der Kommission einverstanden. Hierauf berichtete Kollege Schläpfer folgendes kleinere Vorspiel zur Lohnbewegung. Bei der Firma Mauer ist die Unsitte eingegriffen, das Personal im Sommer aussuchen zu lassen, trotzdem genügend Arbeit vorhanden ist. Im Herbst und Winter müssen dann Überstunden bis in die Rippen gebaut werden. Um diese Unsitte, sowie noch einige andere Mißstände, zu beseitigen, verlangte das Personal, daß der Vorstand sich mit der Firma in Verbindung setze. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß für Befestigung der Mißstände gesorgt werden soll und daß den Kolleginnen und Kollegen für jede Überstunde nicht wie bisher 5 Pf., sondern 10 Pf. mehr gezahlt wird. Auch über den sogenannten Meister der Firma Krampe wurde von den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen bitter Klage geführt. Es wurde beschlossen, daß der Vorstand auch mit dieser Firma Rücksprache nehmen soll. Der größte Schmerz dieses „Herrn“ ist unser Tarif, da er selbst nicht einmal den Lohn erhält, der darin vorgesehen ist. Aber leider können wir nichts dafür, wenn dieser Herr Meister seine Arbeitskraft so gering einschätzt. Von einem unserer Kollegen, welcher bei der Firma Fr. Biedow u. Sohn beschäftigt ist, wurde verlangt, aus dem Verbands auszutreten, oder er müsse den Betrieb verlassen. Unser Kollege blieb seiner Überzeugung treu und so erfolgte dann auch die Kündigung. Aus all diesen Gründen heraus ersuchen wir die Kolleginnen und Kollegen, bei Arbeitsangeboten von hier erst Erfundigungen beim Verbandsmitglied einzuziehen.

Leipzig. Den Abschluß des letzten langandauernden Sattler- und Porzellanerzweigs, an dem bekanntlich auch einige unserer Verbandsmitglieder beteiligt waren, bildete eine Gerichtsverhandlung am 26. September. Acht Sattler der nicht bestreitenen Firma Mädlar und ein Streikender hatten sich wegen Verletzung und Bedrohung der Arbeitswilligen des Wintersteinfahns Betriebes, des Schuhmachers Hägeler, des Wäders Malz und des Buchbinders Hofmann zu verantworten. Diese Verletzungen sollen am 12. und 18. Mai stattgefunden haben. Fünf der Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 7, 10 und 14 Tagen, vier mußten freigesprochen werden.

Was eigentlich diese ganze Sache erst interessant, dabei aber auch etwas sonderbar erscheinen läßt, ist, daß diese drei benannten Personen feinerzeit mit einem Kriminalbeamten im Hausflur der Mädlarischen Fabrik Posto fassen durften und die Arbeiter an ihnen vorbeidefilieren mußten, worauf dann von den ausgesuchten und abgeforderten acht Mann die Personalisten eingefordert wurden. Bei diesem Praxovorfällen tat sich besonders der Buchbinder Hofmann recht hervor. Erwähnen wollen wir auch noch, daß die hiesigen Lederwarenfabrikanten beschlossen haben, diesen Verurteilten keine Arbeit mehr zu geben. Eine wahrhaft heroische Tat ist dieser Beschluß.

Straßburg. In unserer wunderschönen Stadt herrschen leider noch krasse Zustände, namentlich unter unseren Berufskollegen und Kolleginnen, und in den meisten hiesigen Buchdruckereien und Buchbindereien — mit wenig Ausnahmen — ist es alles

andere als wunderschön. Wir haben hier Druckereien, da gehen die Buchdrucker und Hilfsarbeiter um 6 Uhr abends nach Hause, die Buchbinder dürfen bis 6½ Uhr arbeiten, ja Samstags sogar gehen die ersten um 5½ Uhr, die letzten Buchbinder um 6½ wie gewöhnlich und dabei rührt sich kein Mensch. In Buchbindereien herrschen noch keine Zustände. Da haben wir sogar solche, die tagtäglich 10½ Stunden arbeiten dürfen. Sie würden sogar 15 Stunden arbeiten, wenns verlangt würde. Und die Löhne! Obwohl Straßburg eine der teuersten Städte Deutschlands ist, werden hier die schlechtesten Löhne gezahlt. Wir haben Löhne zu verzeichnen für ausgebildete Arbeiter, die ihr Geschäft wohl verstehen, von 14 Mark pro Woche, für ältere Kollegen mit Frau und 4-5 Kindern von 20 Mk. Doch genug von den traurigen Verhältnissen, auch die hiesigen Kollegen und Kolleginnen sind endlich aus ihrer Lethargie erwacht und wollen nun mal ernst machen und sich eine bessere Existenz, wenn nicht in Güte, so mit Gewalt, erkämpfen. Unsere Agitationskommission hat bis jetzt mit Erfolg gearbeitet und wird auch weiter arbeiten nach besten Kräften.

In der außerordentlich stark besuchten Versammlung vom 24. September wurde nach einem vorzüglichen Mezerat des Kollegen Schwarz einstimmig beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Wir richten darum den dringenden Appell an die Kollegen und Kolleginnen, nicht die Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, gut aus, um die wenigen, die uns noch fernsehen, für uns zu gewinnen. Am 16. Oktober feiert die hiesige Zahlstelle ihr Stiftungsfest und mögen die Kollegen und Kolleginnen nebst ihren Angehörigen zahlreich erscheinen zu einem heiteren und fröhlichen Abend. Gleichzeitig machen wir auf die am 15. Oktober im Vereinslokale stattfindende sehr wichtige Versammlung aufmerksam, da darf niemand fehlen.

Wamberg. Eine unlängst tagende Gewerbegerichtsitzung förderte ungläubliche Zustände des Kartonnageneschäfts Valentin Kanzer zutage. Der Verlauf der Verhandlung hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, mit was für einem rohen Wüterich man es hier zu tun hat. Kosenamen wie Lumpen, Schufe, Gauner usw. gehören bei diesem „gebildeten“ Nipel zum „guten“ Ton. Für die Kolleginnen sind Titulaturen wie Focken, Menscher usw. an der Tagesordnung. Zu diesen Wutausbrüchen kommen aber noch Prügeleien, und zwar ohne Unterschied des Alters oder Geschlechts. Selbst die bessere Hälfte des schlagfertigen Schachtelmachers wird davon nicht verschont. Es kommt ihm gar nicht darauf an, Lehrlingen durch Verprügeln mit Schindeldrüsen — bis das Blut in Strömen fließt — die erforderliche Kunst der Schachtelfabrikation beizubringen.

Den Buchbindergehilfen N. schrieb er gelegentlich eines kleinen Fehlers bei einer Arbeit folgendermaßen an: „Sie sind ruhig, sonst erwürge ich Sie mit meinen eigenen Händen!“ Da der genannte Kollege Mitglied des „Blauen Kreuzes“ ist, dürfte er mit der erforderlichen Schafsgeduld ausgerüstet sein, sonst wäre es unmöglich, eine derartige, allen menschlichen Begriffen hohnsprechende Behandlung zu ertragen.

Kollegen und Kolleginnen Wamberg! Sind das nicht haarsträubende Zustände? Ist es nicht genug, daß Ihr um Hungerlöhne schuftet und ein jämmerliches Dasein fristen müßt? Als Zugabe traktiert man Euch noch mit ordinären Beleidigungen und unerhört rohen Prügeln!!! — Wer noch einen Funken von Ehrgefühl besitzt, muß sich gegen derartige Brutalitäten mit aller Kraft auflehnen. Vor Annahme von Stellung nach Wamberg ziehe man erst Erkundigungen ein beim Vertrauensmann oder Gauvorstand in Nürnberg. Es sind noch Geschäfte vorhanden in unserer frummen Bischofsstadt, die selbst Gehilfenlöhne von 3, 4 und 5 Mk. pro Woche bei 11stündiger Arbeitszeit zahlen. Darum hüte sich jedermann vor Enttäuschungen und empfindlichen Schädigungen. Niemand nehme Stellung an in Wamberg, ohne sich einen anfälligen Lohn und dito Behandlung im voraus gesichert zu haben.

Arntstadt. In der Versammlung vom 1. Oktober wurden unsere Forderungen nochmals einer Beratung unterzogen, und sie fanden einstimmige Annahme. Die Antwort der Unternehmer wurde bis zum 10. Oktober verlangt. Dies zur Mitteilung für die Kollegenschaft, damit sie bei Stellenwechsel vorläufig Arntstadt meidet. In Frage kommen Buchbinder, Geschäftsbuch-, Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen.

Rundschau.

+ **Unfallrentenempfänger,** deren Zustand sich im Laufe der Zeit so gebessert hat, daß ihnen die bewilligte Rente gekürzt oder ganz entzogen wird, haben jederzeit wieder Anspruch auf Erhöhung der Rente, wenn in den Unfallfolgen wieder eine Verschlimmerung eingetreten ist. Dem

Verschlimmerungsantrag, welcher bei der zuständigen Berufsgenossenschaft einzureichen ist, muß jedoch eine Bescheinigung eines beliebigen Arztes über eingetretene Verschlimmerung in den Unfallfolgen beigefügt werden. Solche Anträge der Verletzten sind in ihrem eigenen Interesse sofort nach eingetretener Verschlimmerung zu stellen, da die Genossenschaften nur verpflichtet sind, vom Tage des eingegangenen Antrages an die erhöhte Rente zu zahlen. Eine Verzögerung der Rentenansprüche, wie sie beispielsweise beim erstmaligen Rentenanspruch eintritt, wenn derselbe nicht innerhalb zwei Jahre nach dem Unfall gestellt wird, findet bei diesen sogenannten Verschlimmerungsanträgen nicht statt. Hat der Verletzte also jahrelang nur wenig oder gar keine Rente bezogen und es tritt dann eine Verschlimmerung ein, so ist er unter den angegebenen Umständen ohne weiteres berechtigt, Erhöhung seiner Rente und Übernahme der Heilbehandlung bei der Genossenschaft zu beantragen. Gegen den ablehnenden oder nicht zufriedenstellenden Bescheid kann innerhalb eines Monats Verzug beim Schiedsgericht eingelegt, also geklagt werden.

Kollege Albert, Breslau, ein Opfer der preussischen Justiz. Unser Kollege Robert Albert, den weitesten Kollegenkreis bekannt, Redakteur an der „Volkswacht“ in Breslau, hat in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher des schlesischen Parteiorgans schon manden Strauß mit der fattsam bekannten Breslauer Justiz ausgesprochen. Erst vor wenigen Tagen ist er in mehreren Fällen verurteilt worden, nachdem ihm alle Wege zum Eintritt der Wahrheitsbeweise für die zur Anklage stehenden Preßäußerungen seitens der Gerichtskammern in systematischer Weise abgebrochen worden waren. Daß es unter diesen Umständen unmöglich ist, Wahrheitsbeweise anzutreten und daß es darum in diesen Fällen zur Verurteilung — und zwar infolge der Logik der Breslauer Justiz infolge der nicht gelungenen Wahrheitsbeweise zu außerordentlich hohen — kommen mußte, ist verständlich. So hat Kollege Albert jetzt bereits ein Jahr Gefängnis zu verbüßen und noch immer stehen gegen ihn 15 (fünfzehn), nach anderer Lesart sogar noch 22 Prozesse an. Es ist erklärlich, daß in solchem Kampfe gegen solche Gegner selbst der Mobilste unterliegen muß und so ist denn auch Kollege Albert nach den Berichten in der Parteipresse unter der Wucht der gegen ihn gerichteten Heße zusammengebrochen und er hat in einem (ausländischen?) Sanatorium Aufenthalt genommen. Wir wollen hoffen, daß es der Breslauer Justiz nicht möglich sein wird, die Spannkraft des Kollegen Albert ganz zu zermürben und daß er in der Stille der Abgeschiedenheit sich zu den seiner harrenden schweren Kämpfe gegen allmächtige Gegner neue Kraft sammeln wird. Den Triumph, einen gefährdeten Feind niedergeht zu haben, dürfen jene nicht haben.

Genosse Köste f. Am Mittwoch, den 28. September, ist in Hamburg der Genosse Albert Köste, Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft, an den Folgen einer Leberoperation im Alter von 53 Jahren gestorben. Köste war früher mehrere Jahre Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, dann Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, später Parteisekretär in Hamburg. Zuletzt war er Redakteur des „Vauhilfsarbeiter“.

Der Tarifvertrag gilt als ortsüblich. Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung fällt das Wiesbadener Gewerbegericht in einer seiner letzten Sitzungen. Der Tischlermeister W. M. ist einer von den wenigen, die immer noch glauben, daß sie sich, weil sie den Reichstarif nicht unterschrieben haben, von der Bezahlung der dort festgelegten Löhne drücken könnten. Ein Arbeiter stand bei obengenanntem Herrn vier Tage in Arbeit und wurde ihm am ersten Tagtag 40 Pf. Stundenlohn gegeben, obwohl er 51 zu verlangen hat. Damit gab sich der Arbeiter nicht zufrieden und er wurde entlassen. Da das Ortsarbitrium nicht zuständig, mußte der Kollege zu seinem Gelde kommen, das Gewerbegericht die Sache verhandeln. Der Unternehmer machte dort geltend, daß er nicht dem Arbeitgeberverbande angehöre und auch keinen Sondervertrag unterschrieben habe. Somit bestche für ihn keine Verpflichtung, die tariflichen Löhne zu bezahlen. „Nieber lasse er sein Geschäft zugrunde gehen, ehe er den Tarif bezahle.“ Der Vertreter des klagenden Arbeiters machte geltend, daß nur zwei Möglichkeiten zur Entscheidung dieser Frage herangezogen werden könnten. Entweder müsse der Tariflohn als ortsüblich gelten, dann habe der Unternehmer diesen auch zu bezahlen, oder das Gesetz könne zur Anwendung und dann habe der Kollege eine 14tägige Kündigung zu verlangen. Der Vorsitzende machte wiederholt einen Vergleichsvorschlag, auf den der Unternehmer in seiner Halsstarrigkeit nicht einging. Er wurde zur Zahlung des Tariflohnes verurteilt, mit der Begründung, daß der Tarifvertrag als ortsüblich zu gelten habe, daran dürfe die Ansicht einzelner

nichts ändern. Dadurch ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, daß die Arbeiter in allen Werkstätten, ob im Arbeitgeberverband, ob Sondervertrag unterschrieben oder nicht, den Tariflohn zu erhalten haben. Hoffentlich werden auch andere Gewerbegerichte diesen vernünftigen Standpunkt einnehmen.

= **Politik der Woche.** Ein unbedeutender gewerkschaftlicher Konflikt bei der Berliner Kohlenfirma Kupfer u. Co. bildet den Ausgangspunkt jener blutigen Ereignisse von Moabit, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in den letzten Tagen in Atem hielten. Die berechnete Erbitterung der Arbeiterbevölkerung von Berlin N.W. über die brutale Behandlung der Streikposten durch die Polizei wurde von unlauteren Elementen zu allerhand Miß und Anflug ausgenutzt, den die Polizei prompt mit schweren Angriffen auf die friedlichen Bewohner der benachbarten Straßen erwiderte. Die reaktionäre Regierung glaubte nun die erwünschte Gelegenheit gefunden zu haben, der Sozialdemokratie den Hochverratsprozeß zu machen, sie ließ durch ihre Offiziere toll übertreibende Berichte über die Moabiter Vorfälle in Umlauf setzen und griff mit gepanzerter Faust ein. So kam es in einigen Straßen von Berlin-Moabit zu so unerhörten Greuelereignissen, wie man sie bislang in Deutschland für unmöglich gehalten hätte. Ein Teil der Schutzmannschaft hauste unter der entsetzten, geängstigten Einwohnererschaft, wie heute auf Grund des Völkerrichts auch eine siegreiche Armee im Feindesland nicht haufen dürfte. Wäre die deutsche Arbeitererschaft nicht so trefflich organisiert und diszipliniert, so hätten die Moabiter Polizeigewalt wirklich eine große Aufstandsbewegung entfesseln können, die dann mit Militärgewalt niedergeworfen worden wäre. Die Arbeiter aber wissen ganz genau, daß nicht der einzelne Schutzmann, sondern daß der preussische Junker- und Dreiklassenstaat ihr schlimmster Feind ist. Sie haben mit friedlichen und geschickten Mitteln das Junkertum so in die Enge getrieben, daß sein politischer Zusammenbruch bei den nächsten Wahlen so gut wie gewiß ist, es fällt ihnen gar nicht ein, diese sichere gute Weite fahren zu lassen, um sich mit gleichgültigen Schutzleuten auf der Straße herumzuraufen.

Sehr rasch hat sich gezeigt, daß diese besonnene Taktik die richtige war, denn in ganz Deutschland und in der ganzen Welt gewann die Sozialdemokratie neue Sympathien, während das Ansehen der Regierung im Inland und Ausland schweren Schaden erlitt. Die Arbeiter dürfen an diesen Vorgängen abermals erkennen, wie innig gewerkschaftliche und politische Bewegung miteinander verbunden sind. Könnten die Gegner wie sie wollten, so hingen sie Partei und Gewerkschaft an ein und denselben Galgen. Transportarbeiterverband, Metallarbeiterverband und politische Partei werden in den polizeilichen Schauerberichten so munter durcheinander geworfen, daß man als Kundiger fast hätte laut auslachen können, hätte es sich dabei nicht um so traurig ernste Dinge gehandelt. Wie weit hat sich doch die Taktik der Regierung von jener der neunziger Jahre entfernt, da man noch glaubte, Partei und Gewerkschaft auseinander manövrieren zu können! Heute legt es die Regierung beinahe darauf an, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu zeigen, wie notwendig zu Schutz und Wehr der Gewerkschaften eine starke sozialdemokratische Partei ist.

Zu den interessantesten, wenn auch nicht ganz neuen Erfahrungen der „Moabiter Schreckenstage“ gehört auch die, daß in ersten Situationen auch auf die radikalsten bürgerliche Presse kein Verlaß ist. Gar nicht zu reden von der reaktionären oder „unparteiischen“ Provinzpresse, die ihr Publikum mit den läugenhaftesten Berichten über die Verblühen Vorgänge versorgt. Da konnte man wieder sehen, wie berechtigt der alte Ruf ist: „Sinaus mit diesen Arbeiterfeinden aus dem Arbeiterhaufe! Ins Arbeiterhaus das Arbeiterblatt!“

Auch einen diplomatischen Konflikt mit England und den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich die preussische Regierung durch ihr unsinniges Treiben zugezogen. Vier englische und amerikanische Journalisten, die mit Erlaubnis eines Polizeioffiziers von einem Automobil aus das Vorgehen der Schutzmannschaft beobachteten, wurden ohne Spur eines rechtlichen Anlasses von sechs Polizisten überfallen und furchtbar mißhandelt; einer von ihnen, der Vertreter des berühmten weltumspannenden Nachrichtenbureaus Reuters, erlitt eine schwere Verletzung an der rechten Hand. Der Polizeipräsident v. Jagow weigert sich, die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen, unbekümmert darum, daß er mit dieser Weigerung dem Rechtsempfinden der ganzen Welt ins Gesicht schlägt. Die Situation ist so verfahren, daß ein für Deutschland ehrenvoller Ausgang kaum mehr möglich ist. Will die Regierung nicht einen offenen Rückzug vor Eng-

land und Amerika antreten, so muß sie auf einem Standpunkt beharren, dessen rechtliche Unhaltbarkeit ihr selbst bei ruhiger Ueberlegung ebenso klar werden muß, wie jedem anderen normalen Menschen! Was in diesen Tagen dem deutschen Ansehen in der Welt geschadet wurde, läßt sich in Jahren nicht wieder gut machen. —

Die Erörterungen der bürgerlichen Presse über den Magdeburger Parteitag bestimmten wie mit einem Schlage, als die Nachricht vom sozialdemokratischen Stichwahlsiege in Frankfurt a. O. Lebus eintraf. Im Verger darüber, daß sich die auf Magdeburg gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hatten, hielt der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann eine Rede, in der er jagte, es sei zweifelhaft, ob Bismarck recht gehabt habe, als er das Reichstagswahlrecht einführte. Der Jubel auf der Rechten und das Entsetzen der Liberalen über diese Aufrichtigkeit waren nicht gering, ein gewagter Umdeutungsversuch blieb fruchtlos. Herr Fuhrmann hat auf alle Fälle der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Nationalliberalen außerordentlich erleichtert.

In ihnen stets getäuschten Hoffnungen auf eine Spaltung der Sozialdemokratie überließ die Gegner stets die einigende und ausgleichende Wirkung, die die Gewerkschaftsinteressen innerhalb der Partei ausüben müssen. So wenig es der Partei gleichgültig ist, ob die gewerkschaftliche Organisation einheitlich und geschlossen dasteht oder nicht — ihr Interesse an dieser Sache hat sie bei der Behandlung der Lokalisten-

frage bestätigt —, so wenig kann es der Gewerkschaft gleichgültig sein, ob die Partei ihre einheitliche Stoßkraft bewahrt oder in Richtungsänderung zerpfittet. Damit hat es nun freilich einseitigen keine Gefahr, immerhin zeigen sich innerhalb der Partei Ansätze zu einem fraktionsweisen, von denen dringend zu wünschen ist, daß sie sich nicht weiter entwirkeln, sondern lieber recht bald verschwinden mögen. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn vereinzelte Blätter sich das Vergnügen machen, bei Zitierung der einzelnen Parteizeitungen über die Magdeburger Tagung, dem Namen eines jeden Blattes in Klammern die Bezeichnung „radikal“ und „revisionistisch“ beizufügen! Mehr als eine Spielerei ist das nicht, aber diese Dinge sind doch zu ernst, um damit zu spielen. Wie notwendig es ist, fest zusammenzuhalten, beweisen die Ereignisse jedes neuen Tages. —

Den Wert der Einigkeit begreifen auch die Nationalliberalen, die von ganz anderen inneren Krisen und Stürmen geschüttelt werden als die Sozialdemokratie. Dort aber herrscht auch im Gegenjah zur Sozialdemokratie, die in der Ausprägung ihrer inneren Gegensätze keine Zurückhaltung kennt, das Bestreben, die stärksten Interessenverschiedenheiten zu verflechten und zu überbrücken. In der Sozialdemokratie kann man die inneren Gegensätze sogar überstreifen, das gemeinsame Interesse der Proletariatsmassen führt die inneren Meinungsgegner doch immer wieder zusammen. In der nationalliberalen Partei darf man an diese

Gegensätze gar nicht rühren, sonst fiele am Ende die ganze Partei in Eberden.

Das ist der Unterschied zwischen Magdeburg und Kasse! Die Rede, die Herr Wasseremann auf dem Kasseler nationalliberalen Delegiertentag gehalten hat, ist ein wahres Wunder in der Kunst, auf keiner Seite anzustoßen, auf allen Pferden zu reiten und sich alle Türen offenzuhalten. Solche Verschleierung und diplomatische Eierkucherei, solches Hinhalten und Balanzieren mag nützlich und notwendig sein, um der nationalliberalen Partei übers nächste Jahr hinaus das nackte Leben zu retten, aber Massen gewinnt man damit nicht! Das weiß Herr Wasseremann, der ein kluger Mann ist, sicher selber am besten. Flucht- und flutarig vollzieht sich der Abmarsch der Massen ins Lager der Sozialdemokratie wie ein unabwendbares Schicksal!

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte.

Kassab: D. Kohur, Großenhainer Straße 7 I. r.
Chemnitz: N. Triemer, Henriettentstraße 17 IV.

Einwendungen für die Zeitung müssen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag abend Berücksichtigung finden.

ANZEIGEN

Unserem lieben Vorjüngenden, Kollegen **Wilhelm Stephan** zu seiner Abreise nach Berlin ein herzliches Lebewohl!!
Die Kollegen der Zahlstelle Posen.

Dresden.
Am Dienstag, den 27. Sept., verstarb der Kollege
Max Nestler
im Alter von 25 Jahren an Lungenkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Gerade Titel drucken Sie
sicher mit den alten bewährten Schriftsätzen, welche die bekannte Firma **F. Clement-Leipzig** fertigt.



Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Berlin! Berlin!
Deutscher Buchbinder-Verband:

Stiftungsfest

am Sonnabend, den 15. Oktober 1910 im Konzertsaal von
Happolds Brauerei, Hasenheide 32/38 (Saaleing. Gräsestr.).

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Mitwirkende Künstler:
Lieder an der Laute: Fr. Käthe Gyan. — Rezitation: Herr Wilhelm Spöhr. — Chorgesang: Gesangsverein Liberté (M. d. A.-G.-M.), Dirigent Herr Joseph. — Konzert: Herr Franz Holfelder.

Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Nach dem Konzert:
Großer Ball.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Willetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstätten-Vertrauenspersonen, sowie im Bureau, Engelauer 14/15, Zimmer 39/40, zu haben.

Die schnelle Wirkung des Lamscheider Stahlbrunnens

bei der **Blutschucht** ist mehrfach in der Literatur hervorgehoben worden. Durchschnittlich wurde bei vierwöchigen Kuren eine Zunahme des Haemoglobingehaltes um 25 Proz. und eine Hebung des Körpergewichts um 7 Proz. beobachtet; im Einzelfalle stieg die Zunahme des Haemoglobins bis über 60 Proz. und die Vermehrung des Körpergewichts bis zu 14 Proz. Das sind Resultate, wie man sie mit künstlichen Eisenpräparaten wohl nur ausnahmsweise erreicht. — In Stelle der körperlichen und geistigen Depression tritt **Wohlbefinden** und immer mehr zunehmende **Arbeitslust**; die **Schmerzen** im Kopf und an den Füßen **schwinden** zugleich mit dem gelegentlich anzutreffenden **Ödem** der Füße. (Professor Dr. med. Liebreich). — Aus Briefen: „Schon nach 14 Tagen zeigte sich der Gehalt des Wassers als großartig wirkend. Nach beendeter Kur war das allgemeine Befinden überraschend, der Appetit erheblich besser, sonst regelmäßig chronische Kopfschmerzen sind ganz verschwunden.“ — „Es freut mich, über den wunderbaren Heilfrank, der sich glänzend bewährt hat, Mitteilung machen zu können. Die Beschwerden sind verschwunden; Kräftigung des Körpers, Appetit und ruhigen Schlaf habe ich wieder erlangt. Ich kam nun wieder arbeitsfähig in meinem Beruf wieder.“ — Trinkkuren im Hause warm empfohlen bei Blutarmut, Blutschucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, z. B. nach Blutverlusten inf. Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten wie Influenza usw. — Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf S. 123.

Anton Spindler, Leipzig-Th.
Vorteilhafte Bezugsquelle
in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Gekrätz-Anstalt
M. Broh
Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,
Fernsprecher: Amt IV, 6958.
kauft Kehrholz, Staubgold, Goldschmied, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände.
Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahl-einrichtungen. — Streng reelle Bedienung.
Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland.
Gegründet im Jahre 1896.

Nur Groß-Berlin.
Wer sich mit dem Abschließen von **Feuer- und Diebstahlversicherungen** beschäftigen will, gebe seine Adresse an **Herrn Meyer, Stalitzer Straße 98, Tel. Amt IV, 9286** Nebenanruf.

Inserate finden nur **Aufnahme** wenn ihnen der Betrag **beigefügt** ist.